Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8212**
14. Wahlperiode 11. 02. 2002

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 27. Juli 2001 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über Soziale Sicherheit

A. Problem und Ziel

Im Rahmen des gutnachbarschaftlichen und freundschaftlichen Verhältnisses sowie der gewachsenen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Tschechischen Republik nimmt die Zahl der Personen aus beiden Staaten, die sich zu beruflichen oder touristischen Zwecken vorübergehend im anderen Staat aufhalten, stetig zu. Für diese Personen ist es erforderlich, den sozialen Schutz auch bei Aufenthalt im anderen Staat zu gewährleisten. Durch das Abkommen und die Durchführungsvereinbarung soll im Bereich der gesetzlichen Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik der soziale Schutz der beiderseitigen Staatsangehörigen insbesondere für den Fall, dass sie sich im anderen Staat aufhalten, sichergestellt und koordiniert werden.

B. Lösung

Das Vertragswerk beruht auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und begründet Rechte und Pflichten insbesondere von Einwohnern beider Staaten in Bezug auf die innerstaatlichen Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit im Rahmen seines sachlichen Geltungsbereichs. Es enthält die Grundsätze der Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen und der uneingeschränkten Leistungserbringung bei Aufenthalt der betroffenen Personen im anderen Vertragsstaat. Im Bereich der Kranken- und Unfallversicherung ist grundsätzlich vorgesehen, dass den Versicherten beim Aufenthalt im anderen Vertrags-

staat Sachleistungen aushilfsweise vom dortigen Träger der Kranken- bzw. Unfallversicherung erbracht werden. Ferner sind in der deutschen und der tschechischen Rentenversicherung zurückgelegte Versicherungszeiten zusammenzurechnen, soweit dies für die Erfüllung des Leistungsanspruchs erforderlich ist.

Mit dem vorliegenden Entwurf des Vertragsgesetzes sollen die Übereinkünfte die nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften erhalten.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden werden durch die Ausführung dieses Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet; für den Bund ergeben sich nicht nennenswerte mittelbare finanzielle Auswirkungen im Hinblick auf den Bundeszuschuss zur knappschaftlichen Rentenversicherung.

2. Vollzugsaufwand

Durch die Umsetzung dieses Gesetzes entstehen keine zusätzlichen Kosten im Verwaltungsvollzug.

E. Sonstige Kosten

Durch das Abkommen werden sich jährliche Mehrausgaben in Höhe von 6 Mio. DM für die gesetzliche Rentenversicherung ergeben; dem stehen entsprechende Leistungen auf der tschechischen Seite gegenüber. Die Mehrausgaben für die gesetzliche Krankenversicherung belaufen sich auf 9 Mio. DM.

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind durch das Abkommen nicht zu erwarten, da Kosten für die Wirtschaft und die vom Abkommen betroffenen Personen nicht entstehen.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DER BUNDESKANZLER

Berlin, den 8. Februar 2002

Herrn
Wolfgang Thierse
Präsident des
Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

> Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 27. Juli 2001 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über Soziale Sicherheit

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Der Bundesrat hat in seiner 772. Sitzung am 1. Februar 2002 gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen

[Unterschrift]

Entwurf

Gesetz zu dem Abkommen vom 27. Juli 2001 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über Soziale Sicherheit

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Folgenden in Prag am 27. Juli 2001 unterzeichneten zwischenstaatlichen Übereinkünften wird zugestimmt:

1. dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über Soziale Sicherheit,
2. der Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens vom 27. Juli 2001 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über Soziale Sicherheit.

Das Abkommen und die Durchführungsvereinbarung werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vereinbarungen zur Durchführung des Abkommens in Kraft zu setzen oder in Ermangelung solcher Vereinbarungen das Nähere zu regeln. Die Vereinbarungen können auch Änderungen der in Artikel 1 Nr. 2 genannten Durchführungsvereinbarung vorsehen. Dabei können zur Anwendung und Durchführung des Abkommens insbesondere über folgende Gegenstände Regelungen getroffen werden:

1. Aufklärungs-, Anzeige- und Mitteilungspflichten sowie das Bereitstellen von Beweismitteln zwischen den in Artikel 27 Abs. 1 des Abkommens genannten Stellen sowie zwischen diesen und den betroffenen Personen,
2. das Ausstellen, die Vorlage und Übermittlung von Bescheinigungen sowie die Verwendung von Vordrucken,
3. das Verfahren beim Erbringen von Geld- und Sachleistungen,
4. die Zuständigkeit der Versicherungsträger oder anderer in Artikel 27 Abs. 1 des Abkommens genannten Stellen,
5. die gegenseitige Umrechnung von Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Die Tage, an denen das Abkommen nach seinem Artikel 41 Abs. 2 und die Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens nach ihrem Artikel 13 Abs. 1 in Kraft treten, sind im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen und die Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sich die Übereinkünfte auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da durch das Vertragsgesetz in Verbindung mit den Übereinkünften das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

Zu Artikel 2

Mit dieser Vorschrift soll die Bundesregierung ermächtigt werden, auf dem Wege der Rechtsverordnung alles Erforderliche zur Durchführung des Abkommens zu tun. Dabei kann es sich um die Inkraftsetzung von Durchführungsvereinbarungen zwischen den Regierungen der beiden Vertragsstaaten oder um andere innerstaatliche Regelungen handeln.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 41 Abs. 2 und die Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens nach ihrem Artikel 13 Abs. 1 in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet. Für den Bund ergeben sich nicht nennenswerte mittelbare finanzielle Auswirkungen im Hinblick auf den Bundeszuschuss zur knappschaftlichen Rentenversicherung.

Durch das Abkommen werden sich jährliche Mehrausgaben in Höhe von 6 Mio. DM für die gesetzliche Rentenversicherung ergeben; dem stehen entsprechende Leistungen auf der tschechischen Seite gegenüber. Die Mehrausgaben für die gesetzliche Krankenversicherung belaufen sich auf 9 Mio. DM.

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind durch das Abkommen nicht zu erwarten, da Kosten für die Wirtschaft und die vom Abkommen betroffenen Personen nicht entstehen.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über Soziale Sicherheit

Smlouva mezi Spolkovou republikou Německo a Českou republikou o sociálním zabezpečení

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Tschechische Republik –

in dem Wunsch, ihre Beziehungen im Bereich der Sozialen Sicherheit zu regeln –

sind wie folgt übereingekommen:

Spolková republika Německo

a

Česká republika

vedeny přáním upravit vztahy v oblasti sociálního zabezpečení, se dohodly takto:

Teil I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

(1) In diesem Abkommen bedeuten die Begriffe

1. „Staatsangehöriger“

   in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
   einen Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,

   in Bezug auf die Tschechische Republik
   einen Staatsangehörigen der Tschechischen Republik;

2. „Rechtsvorschriften“

   die Gesetze, Verordnungen und sonstigen allgemein verbindlichen Vorschriften, die sich auf die vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens (Artikel 2 Absatz 1) jeweils erfassten Zweige und Systeme der Sozialen Sicherheit beziehen;

3. „zuständige Behörde“

   in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
   das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung,

   in Bezug auf die Tschechische Republik

   das Ministerium für Arbeit und Sozialangelegenheiten,
   das Ministerium für Gesundheitswesen für die Gesundheitsversicherung;

4. „Träger“

   die Einrichtung oder die Behörde, der die Durchführung der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens (Artikel 2 Absatz 1) erfassten Rechtsvorschriften obliegt;

5. „zuständiger Träger“

   der nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften zuständige Träger;

6. „Beschäftigung“

   eine Beschäftigung oder Tätigkeit im Sinne der anzuwendenden Rechtsvorschriften;

7. „Grenzgänger“

   eine Person, für die aufgrund ihrer Beschäftigung im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats dessen Rechtsvorschriften gel-

Část I

Všeobecná ustanovení

Článek 1

Definice

(1) V této smlouvě znamenají výrazy

1. „státní příslušník“

   ve vztahu ke Spolkové republice Německo
   Němce ve smyslu Ústavy Spolkové republiky Německo,

   ve vztahu k České republice
   státního občana České republiky;

2. „právní předpisy“

   zákony, nařízení a jiné obecně závazné předpisy týkající se odvětví a soustav sociálního zabezpečení uvedených ve věcném rozsahu Smlouvy (článek 2, odstavec 1);

3. „příslušný úřad“

   ve vztahu ke Spolkové republice Německo
   Spolkové ministerstvo práce a sociálních věcí,

   ve vztahu k České republice

   Ministerstvo práce a sociálních věcí,
   Ministerstvo zdravotnictví, pokud jde o zdravotní pojištění;

4. „nositel“

   instituci nebo orgán, kterým přísluší provádění právních předpisů týkajících se věcného rozsahu Smlouvy (článek 2, odstavec 1);

5. „příslušný nositel“

   příslušného nositele podle používaných právních předpisů;

6. „zaměstnání“

   zaměstnání nebo činnost ve smyslu používaných právních předpisů;

7. „přeshraniční pracovník“

   osobu, pro kterou platí na základě jejího zaměstnání na výsostném území jednoho smluvního státu jeho právní

ten, die jedoch im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats wohnt und dorthin in der Regel mindestens einmal wöchentlich zurückkehrt;

8. „Versicherungszeiten“

   Beitragszeiten, die in den Rechtsvorschriften, nach denen sie zurückgelegt wurden, als solche bestimmt sind, und sonstige nach diesen Rechtsvorschriften anerkannte Zeiten, die anzurechnen sind;

9. „Geldleistung“ oder „Rente“

   eine Rente oder eine andere Geldleistung einschließlich aller Zuschläge, Zuschüsse und Erhöhungen.

(2) Andere Begriffe haben die Bedeutung, die sie nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften des betreffenden Vertragsstaats haben.

Artikel 2

Sachlicher Geltungsbereich

(1) Dieses Abkommen bezieht sich auf

1. die deutschen Rechtsvorschriften über die
   a) Krankenversicherung sowie den Schutz der erwerbstätigen Mutter, soweit sie das Erbringen von Geld- und Sachleistungen durch die Träger der Krankenversicherung zum Gegenstand haben,
   b) Unfallversicherung,
   c) Rentenversicherung,
   d) hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung,
   e) Alterssicherung der Landwirte;
2. die tschechischen Rechtsvorschriften über die
   a) Krankengeldversicherung,
   b) Gesundheitsversicherung,
   c) Rentenversicherung und die Erhöhung der Rente bei Pflegebedürftigkeit.

(2) Sind nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats außer den Voraussetzungen für die Anwendung dieses Abkommens auch die Voraussetzungen für die Anwendung eines anderen Abkommens oder einer überstaatlichen Regelung erfüllt, so lässt der Träger dieses Vertragsstaats bei Anwendung dieses Abkommens das andere Abkommen oder die überstaatliche Regelung unberücksichtigt. Dies gilt nicht, soweit das andere Abkommen oder das überstaatliche Recht Versicherungslastregelungen enthalten, nach denen Versicherungszeiten endgültig in die Last eines der beiden Vertragsstaaten übergegangen oder aus deren Last abgegeben worden sind.

Artikel 3

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen bezieht sich auf:

1. Staatsangehörige eines Vertragsstaats,
2. Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 des Abkommens vom 28. Juli 1951 und des Protokolls vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge,
3. Staatenlose im Sinne des Artikels 1 des Übereinkommens vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen,

als unmittelbar erfasste Personen;

4. andere Personen hinsichtlich der Rechte, die sie von einem Staatsangehörigen eines Vertragsstaats, einem Flüchtling oder einem Staatenlosen im Sinne dieses Artikels ableiten,

als mittelbar erfasste Personen sowie

5. Staatsangehörige eines anderen Staats als der Vertragsstaaten, soweit sie nicht zu den mittelbar erfassten Personen gehören,

als Drittstaatsangehörige.

předpisy, která však bydlí na vysostném území druhého smluvního státu, kam se zpravidla nejméně jednou týdně vrací;

8. „doby pojištění“

   příspěkové doby stanovené právními předpisy, podle nichž byly získány, a jiné podle těchto právních předpisů uznávané a započítávané doby;

9. „peněžitá dávka“ nebo „důchod“

   důchod nebo jinou peněžitou dávku, včetně veškerých příplatků, přídavků a zvýšení.

(2) Jiné výrazy mají význam, který jim v příslušném smluvním státě náleží podle používaných právních předpisů.

Článek 2

Věcný rozsah

(1) Tato smlouva se vztahuje

1. na německé právní předpisy o
   a) nemocenském pojištění a ochraně zaměstnané matky v případě, že jejich předmětem je poskytování peněžitých nebo věcných dávek nositelem nemocenského pojištění,
   b) úrazovém pojištění,
   c) důchodovém pojištění,
   d) hutním a hornickém připojištění,
   e) starobním zabezpečení zemědělců;
2. na české právní předpisy o
   a) nemocenském pojištění,
   b) zdravotním pojištění,
   c) důchodovém pojištění a o zvýšení důchodu pro bezmocnost.

(2) Jsou-li podle právních předpisů jednoho smluvního státu kromě podmínek pro použití Smlouvy splněny i podmínky pro použití jiné smlouvy nebo nadstátní úpravy, nepřihlíží nositel tohoto smluvního státu při použití Smlouvy k jiné smlouvě nebo k nadstátní úpravě. Toto neplati v případě, jestliže tato jiná smlouva nebo nadstátní úprava obsahují ustanovení o závazcích z pojištění, podle kterých byly jedním ze smluvních států doby pojištění definitivně převzaty nebo předány.

Článek 3

Osobní rozsah

Tato smlouva se vztahuje na:

1. státní příslušníky smluvních států,
2. uprchlíky ve smyslu článku 1 Úmluvy z 28. července 1951 a Protokolu z 31. ledna 1967 o právním postavení uprchlíků,
3. osoby bez státní příslušnosti ve smyslu článku 1 Úmluvy o právním postavení osob bez státní příslušnosti z 28. září 1954,

jako na osoby, kterých se přímo týká;

4. jiné osoby ohledně práv, jež odvozují od státního příslušníka jednoho smluvního státu, uprchlíka nebo osoby bez státní příslušnosti ve smyslu tohoto článku,

jako na osoby, kterých se nepřímo týká a

5. státní příslušníky jiného státu než jsou smluvní státy v tom případě, že nepatří k osobám, kterých se nepřímo týká,

jako na státní příslušníky třetího státu.

Artikel 4

Gleichbehandlung

(1) Die vom persönlichen Geltungsbereich unmittelbar oder mittelbar erfassten Personen (Artikel 3), die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats aufhalten, stehen bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines jeden Vertragsstaats dessen Staatsangehörigen gleich.

(2) Leistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaats werden den Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaats, die sich außerhalb der Hoheitsgebiete der Vertragsstaaten gewöhnlich aufhalten, unter denselben Voraussetzungen erbracht wie den sich dort gewöhnlich aufhaltenden Staatsangehörigen des ersten Vertragsstaats.

Článek 4

Rovnost nakládání

(1) Osoby, na které se přímo nebo nepřímo vztahuje osobní rozsah (článek 3), a které obvykle pobývají na výsostném území jednoho smluvního státu, jsou při používání právních předpisů každého smluvního státu postaveny na roveň jeho státním příslušníkům.

(2) Dávky podle právních předpisů jednoho smluvního státu se poskytují státním příslušníkům druhého smluvního státu obvykle pobývajícím mimo výsostná území smluvních států za stejných podmínek, za kterých se poskytují státním příslušníkům prvního smluvního státu, kteří tam obvykle pobývají.

Artikel 5

Gleichstellung der Hoheitsgebiete

Einschränkende Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats, nach denen die Entstehung von Ansprüchen auf Geldleistungen oder die Zahlung von Geldleistungen bei verminderter Erwerbsfähigkeit (Invalidität), Alter oder an Hinterbliebene sowie die Renten und einmaligen Geldleistungen bei Arbeitsunfall (Berufskrankheit) vom Aufenthalt im Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaats abhängen, gelten nicht für die vom Abkommen unmittelbar oder mittelbar erfassten Personen (Artikel 3), die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhalten.

Článek 5

Rovnost výsostných území

Omezení v právních předpisech jednoho smluvního státu, která podmiňují vznik nároku na peněžité dávky nebo výplatu peněžitých dávek při snížené výdělečné schopnosti (invalidita),ve stáří nebo pozůstalým, jakož i důchody a jednorázové peněžité dávky při pracovním úrazu (nemoci z povolání), pobytem na výsostném území tohoto smluvního státu, neplatí pro osoby, kterých se Smlouva přímo nebo nepřímo týká (článek 3), a které pobývají na výsostném území druhého smluvního státu.

Artikel 6

Versicherungspflicht von Arbeitnehmern

Die Versicherungspflicht von Arbeitnehmern richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet sie beschäftigt sind; dies gilt auch, wenn der Arbeitgeber seinen Betriebssitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats hat.

Článek 6

Pojistná povinnost zaměstnanců

Na zaměstnance se vztahuje pojistná povinnost stanovená právními předpisy toho smluvního státu, na jehož výsostném území jsou zaměstnáni; to platí i tehdy, jestliže zaměstnavatel má své sídlo nebo obvyklý pobyt na výsostném území druhého smluvního státu.

Artikel 7

Versicherungspflicht bei Entsendung

Wird ein Arbeitnehmer, der in einem Vertragsstaat beschäftigt ist, im Rahmen dieses Beschäftigungsverhältnisses von seinem Arbeitgeber in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats entsandt, um dort eine Arbeit für diesen Arbeitgeber auszuführen, so gelten in Bezug auf diese Beschäftigung während der ersten 24 Kalendermonate allein die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats über die Versicherungspflicht so weiter, als wäre er noch in dessen Hoheitsgebiet beschäftigt.

Článek 7

Pojistná povinnost při vyslání

Je-li zaměstnanec, který je zaměstnán v jednom smluvním státě, vyslán v rámci tohoto zaměstnaneckého poměru zaměstnavatelem na výsostné území druhého smluvního státu, aby tam pro něho vykonával práci, vztahují se na toto zaměstnání nadále po dobu prvních 24 kalendářních měsíců výlučně právní předpisy o pojistné povinnosti prvního smluvního státu tak, jako by byl ještě zaměstnán na jeho výsostném území.

Artikel 8

Versicherungspflicht von Seeleuten

(1) Für die an Bord eines Seeschiffs, das die Flagge eines der beiden Vertragsstaaten führt, beschäftigten Personen gelten die Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht dieses Vertragsstaats.

(2) Wird ein Arbeitnehmer, der sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats aufhält, vorübergehend auf einem Seeschiff, das die Flagge des anderen Vertragsstaats führt, von einem Arbeitgeber beschäftigt, der seinen Sitz im Hoheitsgebiet des ersten Vertragsstaats hat und nicht Eigentümer des Schiffs ist, so gelten in Bezug auf die Versicherungspflicht die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats, als wäre er in dessen Hoheitsgebiet beschäftigt.

Článek 8

Pojistná povinnost námořníků

(1) Na osoby zaměstnané na námořní lodi, která pluje pod vlajkou jednoho ze smluvních států, se vztahují právní předpisy o pojistné povinnosti tohoto smluvního státu.

(2) Je-li zaměstnanec obvykle pobývající na výsostném území jednoho smluvního státu přechodně zaměstnán na námořní lodi zaměstnavatelem, který má sídlo na výsostném území tohoto smluvního státu a který není vlastníkem lodi plující pod vlajkou druhého smluvního státu, vztahuje se na něj pojistná povinnost stanovená právními předpisy prvního smluvního státu, jako by byl zaměstnán na jeho výsostném území.

Artikel 9

Versicherung anderer Personen

Die Bestimmungen dieses Abkommens über die Versicherungspflicht gelten entsprechend für Personen, die nicht Arbeitnehmer sind, auf die sich jedoch die vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens (Artikel 2 Absatz 1) erfassten Rechtsvorschriften beziehen.

Článek 9

Pojištění jiných osob

Ustanovení této smlouvy o pojistné povinnosti platí obdobně pro osoby, které nejsou zaměstnanci, na které se však vztahují právní předpisy věcného rozsahu Smlouvy (článek 2, odstavec 1).

Artikel 10

Versicherungspflicht von Beschäftigten bei diplomatischen und konsularischen Vertretungen

(1) Wird ein Staatsangehöriger eines Vertragsstaats von diesem oder einem Mitglied oder einem Bediensteten einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung dieses Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats beschäftigt, so gelten für die Dauer der Beschäftigung in Bezug auf die Versicherungspflicht die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats so, als wäre er dort beschäftigt.

(2) Hat sich ein in Absatz 1 genannter Arbeitnehmer vor Beginn der Beschäftigung gewöhnlich in dem Beschäftigungsstaat aufgehalten, so kann er binnen sechs Monaten nach Beginn der Beschäftigung in Bezug auf die Versicherungspflicht die Anwendung der Rechtsvorschriften des Beschäftigungsstaats wählen. Die Wahl ist gegenüber dem Arbeitgeber zu erklären. Die gewählten Rechtsvorschriften gelten vom Tage der Erklärung an.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für die dort genannten Arbeitnehmer, die von einem anderen öffentlichen Arbeitgeber beschäftigt werden.

Artikel 11

Ausnahmen von den Bestimmungen über die Versicherungspflicht

Auf Antrag des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers oder auf Antrag anderer Personen (Artikel 9) können die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten oder die von ihnen bezeichneten Stellen im gegenseitigen Einvernehmen von den Bestimmungen dieses Abkommens über die Versicherungspflicht abweichen unter der Voraussetzung, dass die betreffende Person den Rechtsvorschriften eines der Vertragsstaaten unterstellt bleibt oder unterstellt wird. Hierbei sind die Art und die Umstände der Beschäftigung zu berücksichtigen.

Teil II

Besondere Bestimmungen

Kapitel 1

Kranken-, Krankengeld- und Gesundheitsversicherung

Artikel 12

Zusammenrechnung von Versicherungszeiten

Für die Versicherungspflicht, das Recht auf freiwillige Versicherung, den Leistungsanspruch und die Dauer der Leistung bei Krankheit oder Mutterschaft nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats werden die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten im Bereich der Kranken-, Krankengeld- und Gesundheitsversicherung zurückgelegten entsprechenden Versicherungs-, Beschäftigungs- und Leistungszeiten erforderlichenfalls zusammengerechnet, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

Artikel 13

Freiwillige Weiterversicherung

Verlegt eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats versichert war, den gewöhnlichen Aufenthalt in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats, so kann sie die Versicherung nach den dort geltenden Rechtsvorschriften freiwillig fortsetzen; Voraussetzung ist, dass für diese Person zu irgendeiner Zeit die Rechtsvorschriften des zweiten Vertragsstaats gegolten haben. Dabei steht dem Ausscheiden aus einer Pflichtversicherung das Ausscheiden aus einer freiwilligen Versicherung gleich.

Článek 10

Pojistná povinnost zaméstnanců diplomatických a konzulárních úřadů

(1) Je-li státní příslušník jednoho smluvního státu zaměstnán tímto státem, členem nebo služebním personálem diplomatického nebo konzulárního úřadu tohoto státu na výsostném území druhého smluvního státu, vztahují se na něj po dobu zaměstnání právní předpisy o pojistné povinnosti prvního smluvního státu, jako by tam byl zaměstnán.

(2) Pobýval-li zaměstnanec uvedený v odstavci 1 před začátkem zaměstnání obvykle ve státě svého zaměstnání, může si zvolit během šesti měsíců po začátku zaměstnání použití právních předpisů o pojistné povinnosti státu svého zaměstnání. Tuto volbu musí oznámit svému zaměstnavateli. Zvolené právní předpisy se používají ode dne tohoto oznámení.

(3) Odstavce 1 a 2 platí obdobně pro výše uvedené zaměstnance, kteří jsou zaměstnáni jiným veřejným zaměstnavatelem.

Článek 11

Výjimky z ustanovení o pojistné povinnosti

Na žádost zaměstnance a zaměstnavatele nebo na žádost jiných osob (článek 9) mohou příslušné úřady smluvních států nebo jimi jmenované instituce po vzájemné dohodě učinit odchylku od ustanovení této smlouvy o pojistné povinnosti za předpokladu, že dotyčná osoba zůstane nebo začne podléhat právním předpisům jednoho ze smluvních států. Při tom je nutno přihlížet ke druhu a podmínkám zaměstnání.

Část II

Zvláštní ustanovení

1. kapitola

Nemocenské a zdravotní pojištění

Článek 12

Sčítání dob pojištění

Pro pojistnou povinnost, právo na dobrovolné pojištění, nárok na dávky a dobu poskytování dávek v nemoci a mateřství podle právních předpisů jednoho smluvního státu se, v případě potřeby, doby pojištění, zaměstnání a pobírání dávek zdravotního a nemocenského pojištění získané podle právních předpisů obou smluvních států sčítají za podmínky, že se nepřekrývají.

Článek 13

Dobrovolné pokračování v pojištění

Přeloží-li osoba, která byla pojištěna podle právních předpisů jednoho smluvního státu, svůj obvyklý pobyt na výsostné území druhého smluvního státu, může se nechat nadále dobrovolně pojistit podle právních předpisů tohoto státu za předpokladu, že pro ni někdy platily právní předpisy druhého smluvního státu. Přitom je výstup z povinného pojištění postaven na roveň výstupu z dobrovolného pojištění.

Artikel 14

Sachleistungen

(1) Eine Person, die die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats für den Leistungsanspruch erforderlichen Voraussetzungen erfüllt, und

a) deren Zustand während eines Aufenthalts im anderen Vertragsstaat unverzüglich Leistungen erfordert oder

b) die vom für sie zuständigen Träger die Genehmigung erhalten hat, sich in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats zu begeben, um dort eine ihrem Zustand angemessene Behandlung zu erhalten,

hat Anspruch auf Leistungen auf Kosten des für diese Person zuständigen Trägers vom Träger des Aufenthaltsorts, als wäre sie bei diesem versichert. Die Einschränkungen nach den Buchstaben a und b gelten nicht für Grenzgänger sowie für Leistungen bei Mutterschaft.

(2) Die Genehmigung nach Absatz 1 Buchstabe b kann nachträglich erteilt werden, wenn die Person aus entschuldbaren Gründen die Genehmigung vorher nicht eingeholt hat oder nicht einholen konnte.

(3) Unverzügliche Leistungen im Sinne des Absatzes 1 Buchstabe a sind solche Leistungen, deren Erbringung nicht aufgeschoben werden kann, ohne das Leben oder die Gesundheit der betroffenen Personen zu gefährden. Die Beurteilung des behandelnden Arztes hierüber ist bindend.

(4) Hätte eine Person bei Anwendung des Absatzes 1 Anspruch auf Leistungen nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten, so hat sie, solange sie sich in einem Vertragsstaat aufhält, allein Anspruch auf Leistungen nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaats.

Článek 14

Věcné dávky

(1) Osoba, která podle právních předpisů jednoho smluvního státu splňuje podmínky stanovené pro nárok na dávky, a

a) jejíž stav během pobytu v druhém smluvním státě vyžaduje poskytnutí nezbytných dávek, nebo

b) která obdržela od příslušného nositele povolení odebrat se na výsostné území druhého smluvního státu, aby se jí tam dostalo péče odpovídající jejímu stavu,

má nárok na dávky na náklady nositele příslušného pro tuto osobu od nositele v místě pobytu, jako by byla u něj pojištěna. Omezení pod písmeny a) a b) neplatí pro přeshraniční pracovníky ani pro dávky v mateřství.

(2) Povolení podle odstavce 1 písmene b) může být uděleno i dodatečně, jestliže si osoba z omluvitelných důvodů nevyžádala povolení předem nebo si je nemohla opatřit.

(3) Nezbytné dávky ve smyslu odstavce 1, písmene a) jsou takové dávky, jejichž poskytnutí nelze odložit bez ohrožení života nebo zdraví dotyčné osoby. Posudek ošetřujícího lékaře v této věci je závazný.

(4) Pokud by při použití odstavce 1 měla osoba nárok na dávky podle právních předpisů obou smluvních států, pak během pobytu v jednom smluvním státě má nárok na dávky pouze podle právních předpisů tohoto smluvního státu.

Artikel 15

Geldleistungen

Eine Person, die die Voraussetzungen für einen Anspruch auf Sachleistungen nach Artikel 14 Absätze 1 bis 3 erfüllt, hat Anspruch auf Geldleistungen vom zuständigen Träger nach den für diesen geltenden Rechtsvorschriften.

Článek 15

Peněžité dávky

Osoba, která splňuje podmínky pro nárok na věcné dávky podle článku 14, odstavce 1 až 3, má nárok na peněžité dávky od příslušného nositele podle právních předpisů pro něho platných.

Artikel 16

Sachleistungsaushilfe

(1) Sachleistungen nach Artikel 14 sind

in der Bundesrepublik Deutschland

von einer vom Anspruchsberechtigten zu wählenden Krankenkasse am Aufenthaltsort,

in der Tschechischen Republik

von einer vom Anspruchsberechtigten zu wählenden Gesundheitsversicherungsanstalt am Aufenthaltsort

zu erbringen.

(2) Für die Erbringung der Sachleistungen gelten die für den Träger des Aufenthaltsorts maßgebenden Rechtsvorschriften; für die Dauer der Leistungen, den Kreis der zu berücksichtigenden Angehörigen sowie die sich hierauf beziehenden Rechtsvorschriften über das Leistungsstreitverfahren gelten jedoch die für den zuständigenTräger maßgebenden Rechtsvorschriften.

(3) Körperersatzstücke und andere Sachleistungen von erheblicher finanzieller Bedeutung werden außer in Fällen unbedingter Dringlichkeit nur erbracht, soweit der zuständige Träger zustimmt. Unbedingte Dringlichkeit ist gegeben, wenn die Leistung nicht aufgeschoben werden kann, ohne das Leben oder die Gesundheit der Person ernstlich zu gefährden.

(4) Personen und Einrichtungen, die mit den in Absatz 1 genannten Trägern Verträge über die Erbringung von Sachleistungen für die bei diesen Trägern Versicherten und deren Angehörige abgeschlossen haben, sind verpflichtet, Sachleistungen auch für die vom persönlichen Geltungsbereich des Abkom-

Článek 16

Výpomoc při věcných dávkách

(1) Věcné dávky podle článku 14 poskytne

ve Spolkové republice Německo

nemocenská pokladna v místě pobytu, kterou si oprávněná osoba zvolí,

v České republice

zdravotní pojišťovna v místě pobytu, kterou si oprávněná osoba zvolí.

(2) Pro poskytování věcných dávek platí pro nositele v místě pobytu platné právní předpisy; pro dobu poskytování dávek, okruh oprávněných rodinných příslušníků a přitom používané právní předpisy o sporném řízení o dávkách však platí právní předpisy, jež jsou platné pro příslušného nositele.

(3) Protetické pomůcky a jiné věcné dávky větší finanční hodnoty se poskytují – kromě případů bezpodmínečné neodkladnosti – pouze tehdy, jestliže s tím příslušný nositel souhlasí. Bezpodmínečná neodkladnost je dána tehdy, jestliže dávku nelze odložit bez vážného ohrožení života nebo zdraví osoby.

(4) Osoby a zařízení, které uzavřely s nositeli uvedenými v odstavci 1 dohody o poskytování věcných dávek pojištěncům a jejich rodinným příslušníkům pojištěným u těchto nositelů, jsou povinny poskytovat věcné dávky i těm osobám, na něž se vztahuje osobní rozsah Smlouvy (článek 3), a sice za stejných

mens (Artikel 3) erfassten Personen zu erbringen, und zwar unter denselben Bedingungen, als ob diese Personen bei den Trägern des Aufenthaltsorts (Absatz 1) versichert oder Angehörige solcher Versicherter wären und als ob die Verträge sich auch auf diese Personen erstreckten.

podmínek, jako by tyto osoby byly pojištěny u nositelů v místě pobytu (odstavec 1), nebo byly rodinnými příslušníky těchto pojištěnců a dohody se vztahovaly i na ně.

Artikel 17

Erstattung der Sachleistungsaushilfekosten

(1) Der zuständige Träger erstattet dem Träger des Aufenthaltsorts die für die Sachleistungsaushilfe (Artikel 16) im Einzelfall tatsächlich aufgewendeten Beträge mit Ausnahme der Verwaltungskosten.

(2) Die zuständigen Behörden können auf Vorschlag der beteiligten Träger vereinbaren, dass die aufgewendeten Beträge zur verwaltungsmäßigen Vereinfachung in allen Fällen oder in bestimmten Gruppen von Fällen durch Pauschbeträge erstattet werden.

Článek 17

Úhrada nákladů za výpomoc při věcných dávkách

(1) Příslušný nositel uhradí nositeli v místě pobytu částky v jednotlivých případech skutečně vynaložené za výpomoc při věcných dávkách (článek 16), s výjimkou správních nákladů.

(2) Příslušné úřady se mohou na návrh zúčastněných nositelů dohodnout na tom, že se vynaložené částky za účelem administrativního zjednodušení pro všechny případy nebo pouze pro určitou skupinu případů budou hradit paušálními platbami.

Kapitel 2

Unfallversicherung

Artikel 18

Berücksichtigung von Arbeitsunfällen (Berufskrankheiten)

(1) Sehen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats vor, dass bei der Bemessung des Grades der Minderung der Erwerbsfähigkeit oder der Feststellung des Leistungsanspruchs infolge eines Arbeitsunfalls (Berufskrankheit) andere Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten) zu berücksichtigen sind, so gilt dies auch für die unter die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats fallenden Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten), als ob sie unter die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats gefallen wären. Den zu berücksichtigenden Arbeitsunfällen stehen solche gleich, die nach anderen Vorschriften als Unfälle oder andere Entschädigungsfälle zu berücksichtigen sind.

(2) Der zur Entschädigung des eingetretenen Versicherungsfalls zuständige Träger setzt seine Leistung nach dem Grad der durch den Arbeitsunfall (Berufskrankheit) eingetretenen Minderung der Erwerbsfähigkeit fest, den er nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zu berücksichtigen hat.

2. kapitola

Úrazové pojištění

Článek 18

Přihlížení k pracovním úrazům (nemocem z povolání)

(1) Stanoví-li právní předpisy jednoho smluvního státu, že se při stanovení stupně snížení pracovní schopnosti nebo určení nároku na dávku v důsledku pracovního úrazu (nemoci z povolání) musí přihlédnout i k jiným pracovním úrazům (nemocem z povolání), platí to i pro ty pracovní úrazy (nemoci z povolání), které spadají pod právní předpisy druhého smluvního státu, jako by spadaly pod právní předpisy prvního smluvního státu. Těmto pracovním úrazům, ke kterým je nutno přihlédnout, jsou postaveny na roveň ty, ke kterým musí být přihlédnuto jako k úrazům nebo jiným případům podléhajícím odškodnění podle jiných předpisů.

(2) Nositel příslušný k odškodnění daného pojistného případu, stanoví dávku podle stupně pracovním úrazem (nemocí z povolání) zapříčiněného snížení pracovní schopnosti, ke kterému musí přihlédnout podle právních předpisů pro něj platných.

Artikel 19

Berücksichtigung gesundheitsgefährdender Beschäftigungen

(1) Für den Leistungsanspruch aufgrund einer Berufskrankheit berücksichtigt der Träger eines Vertragsstaats auch Beschäftigungen, die bei Anwendung der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats ausgeübt wurden und ihrer Art nach geeignet waren, diese Krankheit zu verursachen (gesundheitsgefährdende Beschäftigung). Besteht dabei nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten ein Leistungsanspruch, so werden die Sachleistungen und die Geldleistungen mit Ausnahme der Rente nur nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats erbracht, in dessen Hoheitsgebiet sich die berechtigte Person gewöhnlich aufhält. Besteht nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats Anspruch auf Rente aus der Unfallversicherung, so hat der Träger nur den Teil zu erbringen, der dem Verhältnis der Dauer der gesundheitsgefährdenden Beschäftigungen bei Anwendung der Rechtsvorschriften des eigenen Vertragsstaats zur gesamten Dauer der gesundheitsgefährdenden Beschäftigungen bei der Anwendung der Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten entspricht.

(2) Absatz 1 gilt auch für die Neufeststellung eines Leistungsanspruchs aufgrund einer Verschlimmerung einer Berufskrankheit. Beruht diese auf einer erneuten gesundheitsgefährdenden Beschäftigung, besteht Anspruch auf Rente für die Verschlimmerung nur nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, unter dessen Rechtsvorschriften diese Beschäftigung ausgeübt wurde.

Článek 19

Přihlížení k zaměstnáním ohrožujícím zdraví

(1) Při stanovení nároku na dávku v důsledku nemoci z povolání přihlíží nositel smluvního státu i k zaměstnáním, která byla vykonávána podle právních předpisů druhého smluvního státu a jež byla takového druhu, že mohla zapříčinit tuto nemoc (zdraví ohrožující zaměstnání). Existuje-li přitom podle právních předpisů obou smluvních států nárok na dávku, poskytují se věcné dávky a peněžité dávky, s výjimkou důchodů, pouze podle právních předpisů toho smluvního státu, na jehož výsostném území oprávněná osoba obvykle pobývá. Existuje-li podle právních předpisů jednoho smluvního státu nárok na důchod z úrazového pojištění, poskytuje nositel pouze tu jeho část, která odpovídá poměru doby vykonávaného zaměstnání ohrožujícího zdraví podle právních předpisů vlastního smluvního státu k celkové době vykonávání zdraví ohrožujícího zaměstnání podle právních předpisů obou smluvních států.

(2) Odstavec 1 platí i pro nové posouzení nároku na dávku z důvodů zhoršení nemoci z povolání. Je-li toto zhoršení způsobeno novým zdraví ohrožujícím zaměstnáním, vznikne nárok na důchod z důvodu zhoršení pouze podle právních předpisů toho smluvního státu, podle jehož právních předpisů bylo toto zaměstnávání vykonáváno.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Leistungen an Hinterbliebene.

(3) Odstavec 1 a 2 platí i pro dávky pozůstalým.

Artikel 20

Sachleistungen

In Bezug auf das Erbringen von Sachleistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten an eine nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats versicherte Person bei Aufenthalt im anderen Vertragsstaat gilt Artikel 14 Absätze 1 bis 3 entsprechend.

Článek 20

Věcné dávky

Pokud jde o poskytování věcných dávek při pracovních úrazech a nemocech z povolání osobě pojištěné podle právních předpisů jednoho smluvního státu při pobytu ve druhém smluvním státě, platí obdobně článek 14, odstavec 1 až 3.

Artikel 21

Geldleistungen

Eine Person, die die Voraussetzungen für einen Anspruch auf Sachleistungen nach Artikel 20 erfüllt, hat Anspruch auf Geldleistungen vom zuständigen Träger nach den für diesen geltenden Rechtsvorschriften. Satz 1 gilt nicht für Renten und einmalige Geldleistungen.

Článek 21

Peněžité dávky

Osoba, která splňuje podmínky pro nárok na věcné dávky podle článku 20, má nárok na peněžité dávky od příslušného nositele podle právních předpisů pro něho platných.

Věta první neplatí pro důchody a jednorázové peněžité dávky.

Artikel 22

Sachleistungsaushilfe

(1) Sachleistungen nach Artikel 20 sind

in der Bundesrepublik Deutschland

von dem Träger der deutschen Unfallversicherung, der zuständig wäre, wenn über den Leistungsanspruch nach deutschen Rechtsvorschriften zu entscheiden wäre, oder von dem von der deutschen Verbindungsstelle bezeichneten Träger der Unfallversicherung,

in der Tschechischen Republik

von einer vom Anspruchsberechtigten zu wählenden Gesundheitsversicherungsanstalt am Aufenthaltsort

zu erbringen.

(2) Für die Erbringung der Sachleistungen gelten die für den Träger des Aufenthaltsorts maßgebenden Rechtsvorschriften.

(3) Artikel 16 Absätze 3 und 4 gilt entsprechend.

Článek 22

Výpomoc při věcných dávkách

(1) Věcné dávky podle článku 20 poskytne

v Spolkové republice Německo

nositel německého úrazového pojištění, který by byl příslušný, kdyby se o nároku na dávku rozhodovalo podle německých právních předpisů, nebo nositel úrazového pojištění, kterého určí německé styčné místo,

v České republice

zdravotní pojišťovna v místě pobytu, kterou si oprávněná osoba zvolí.

(2) Pro poskytování věcných dávek platí pro nositele v místě pobytu rozhodné právní předpisy.

(3) Článek 16, odstavce 3 a 4 platí obdobně.

Artikel 23

Erstattung der Sachleistungsaushilfekosten

(1) Der zuständige Träger erstattet dem Träger des Aufenthaltsorts die für die Sachleistungsaushilfe (Artikel 22) im Einzelfall tatsächlich aufgewendeten Beträge mit Ausnahme der Verwaltungskosten.

(2) Die zuständigen Behörden können auf Vorschlag der beteiligten Träger vereinbaren, dass die aufgewendeten Beträge zur verwaltungsmäßigen Vereinfachung in allen Fällen oder in bestimmten Gruppen von Fällen durch Pauschbeträge erstattet werden.

Článek 23

Úhrada nákladů za výpomoc při věcných dávkách

(1) Příslušný nositel uhradí nositeli v místě pobytu částky v jednotlivých případech skutečně vynaložené za výpomoc při věcných dávkách (článek 22), s výjimkou správních nákladů.

(2) Příslušné úřady se mohou na návrh zúčastněných nositelů dohodnout na tom, že se vynaložené částky za účelem administrativního zjednodušení pro všechny případy nebo pouze pro určitou skupinu případů budou hradit paušálními platbami.

Kapitel 3

Rentenversicherung

Artikel 24

Zusammenrechnung von Versicherungszeiten und Rentenberechnung

(1) Für den Leistungsanspruch nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften werden, soweit erforderlich, auch die Versicherungszeiten berücksichtigt, die für einen Leistungsanspruch nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats anrechenbar sind und nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

3. kapitola

Důchodové pojištění

Článek 24

Sčítání dob pojištění a výpočet důchodu

(1) Pro nárok na dávku podle používaných právních předpisů se bude, v případě potřeby, přihlížet i k dobám pojištění, které jsou pro nárok na dávku započitatelné podle právních předpisů druhého smluvního státu a které se časově nepřekrývají.

(2) Setzt der Anspruch auf Leistungen bestimmte Versicherungszeiten voraus, werden dafür nur vergleichbare Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats berücksichtigt.

(3) Das Ausmaß der zu berücksichtigenden Versicherungszeiten richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, nach denen sie zurückgelegt worden sind.

(4) Die Berechnung der Rente richtet sich nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften des jeweiligen Vertragsstaats, soweit in diesem Abkommen nichts anderes bestimmt ist.

Artikel 25

Besonderheiten für den deutschen Träger

(1) Grundlage für die Ermittlung persönlicher Entgeltpunkte sind die Entgeltpunkte, die sich nach den deutschen Rechtsvorschriften ergeben.

(2) Die Bestimmung über die Zusammenrechnung von Versicherungszeiten (Artikel 24 Absatz 1) gilt entsprechend für Leistungen, deren Erbringung nach den deutschen Rechtsvorschriften im Ermessen eines Trägers liegt.

(3) Nach den tschechischen Rechtsvorschriften zurückgelegte Versicherungszeiten werden in der knappschaftlichen Rentenversicherung berücksichtigt, wenn sie in bergbaulichen Betrieben unter Tage zurückgelegt worden sind. Ist nach den deutschen Rechtsvorschriften Voraussetzung für den Anspruch, dass ständige Arbeiten unter Tage oder diesen gleichgestellte Arbeiten verrichtet worden sind, so berücksichtigt der deutsche Träger die nach den tschechischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten, während derer gleichartige Tätigkeiten verrichtet worden sind.

(4) Setzt der Anspruch auf Leistungen nach den deutschen Rechtsvorschriften voraus, dass bestimmte Versicherungszeiten innerhalb eines bestimmten Zeitraums zurückgelegt worden sind, und sehen die Vorschriften ferner vor, dass sich dieser Zeitraum durch bestimmte Tatbestände oder Versicherungszeiten verlängert, so werden für die Verlängerung auch Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats oder vergleichbare Tatbestände im anderen Vertragsstaat berücksichtigt. Vergleichbare Tatbestände sind Zeiten, in denen Invaliditäts- oder Altersrente oder Leistungen wegen Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfällen (mit Ausnahme von Renten) nach den Rechtsvorschriften der Tschechischen Republik gezahlt wurden und Zeiten der Kindererziehung in der Tschechischen Republik.

(5) Die nach der Bestimmung über die Zusammenrechnung der Versicherungszeiten (Artikel 24 Absatz 1) zu berücksichtigenden Versicherungszeiten werden nur im tatsächlichen zeitlichen Ausmaß berücksichtigt.

Artikel 26

Besonderheiten für den tschechischen Träger

(1) Besteht ein Leistungsanspruch nach den tschechischen Rechtsvorschriften nur unter Berücksichtigung der nach den deutschen Rechtsvorschriften anrechenbaren Versicherungszeiten, so berechnet der tschechische Träger

a) zunächst den theoretischen Betrag der Leistung, auf den Anspruch bestünde, wenn sämtliche Versicherungszeiten nach den tschechischen Rechtsvorschriften anrechenbar wären und

b) sodann auf der Grundlage des nach Buchstabe a festgelegten theoretischen Betrags den tatsächlichen Betrag der Leistung nach dem Verhältnis der nach den tschechischen Rechtsvorschriften bis zum Tag, ab dem die Zahlung der Leistung zusteht, zurückgelegten Versicherungszeiten zur Gesamtheit der in beiden Vertragsstaaten bis zu diesem Tage zurückgelegten Versicherungszeiten.

(2) Je-li pro nárok na dávku třeba získání určitých dob pojištění, přihlíží se pouze k srovnatelným dobám pojištění získaným podle právních předpisů druhého smluvního státu.

(3) Rozsah dob pojištění, ke kterým se přihlíží, se řídí právními předpisy toho smluvního státu, podle kterých byly získány.

(4) Výpočet důchodu se řídí používanými právními předpisy příslušného smluvního státu, pokud tato smlouva nestanoví jinak.

Článek 25

Zvláštnosti pro německého nositele

(1) Základem pro stanovení osobních výdělečných bodů jsou výdělečné body podle německých právních předpisů.

(2) Ustanovení o sčítání dob pojištění (článek 24, odstavec 1) platí obdobně pro dávky, jejichž poskytování závisí podle německých právních předpisů na uvážení nositele.

(3) Doby pojištění získané podle českých právních předpisů se budou zohledňovat v hornickém důchodovém pojištění, jestliže byly získány v hornictví pod zemí. Je-li podle německých právních předpisů pro nárok podmínkou, že práce pod zemí nebo práce postavené jim na roveň byly vykonávány nepřetržitě, bude německý nositel zohledňovat ty doby pojištění získané podle českých právních předpisů, během nichž byly vykonávány činnosti stejného druhu.

(4) Je-li podle německých právních předpisů o nároku na dávky stanoveno, že určité doby pojištění byly získány v určitém časovém období a stanovují-li tyto předpisy i prodloužení časového období na základě určitých skutečností nebo dob pojištění, přihlíží se při prodloužení i k dobám pojištění získaným podle právních předpisů druhého smluvního státu nebo k srovnatelným skutečnostem v druhém smluvním státě. Srovnatelné skutečnosti jsou doby, po které se vyplácel podle právních předpisů České republiky invalidní nebo starobní důchod nebo dávky z důvodu nemoci, nezaměstnanosti nebo pracovních úrazů (s výjimkou důchodů) a doby na výchovu dítěte v České republice.

(5) Podle ustanovení o sčítání dob pojištění (článek 24, odstavec 1) se u dob pojištění braných v úvahu přihlíží pouze k jejich skutečnému časovému rozsahu.

Článek 26

Zvláštnosti pro českého nositele

(1) Pokud vznikne nárok na dávku podle českých právních předpisů pouze s přihlédnutím k dobám pojištění započitatelným podle německých právních předpisů, pak český nositel:

a) vypočte nejprve teoretickou výši dávky, která by náležela v případě, že by všechny doby pojištění byly získány podle českých právních předpisů a

b) poté na základě teoretické výše určené podle písmene a) vypočte skutečnou výši dávky podle poměru délky dob pojištění získaných podle českých právních předpisů ke dni, od něhož náleží výplata dávky, k celkové době pojištění získané v obou smluvních státech k tomuto dni.

(2) Für die Erhöhung der Rente bei Pflegebedürftigkeit gilt Absatz 1 entsprechend.

(3) Bei der Festlegung der Bemessungsgrundlage für die Berechnung von Leistungen nach den tschechischen Rechtsvorschriften werden die nach deutschen Rechtsvorschriften im maßgeblichen Zeitraum zurückgelegten Versicherungszeiten ausgenommen.

Teil III

Verschiedene Bestimmungen

Kapitel 1

Amts- und Rechtshilfe

Artikel 27

Amts- und Rechtshilfe und ärztliche Untersuchungen

(1) Die Träger, Verbände von Trägern und Behörden der Vertragsstaaten leisten einander bei Durchführung dieses Abkommens und der von seinem sachlichen Geltungsbereich erfassten Rechtsvorschriften (Artikel 2 Absatz 1) gegenseitige Hilfe, als wendeten sie die für sie geltenden Rechtsvorschriften an. Die Hilfe ist kostenlos. Barauslagen mit Ausnahme der Portokosten werden jedoch erstattet.

(2) Für die gegenseitige Hilfe der Gerichte der Vertragsstaaten gilt Absatz 1 entsprechend.

(3) Absatz 1 Satz 1 gilt auch für ärztliche Untersuchungen. Die Kosten für die Untersuchungen, die Reisekosten, der Verdienstausfall, die Kosten für Unterbringung zu Beobachtungszwecken und sonstige Barauslagen mit Ausnahme der Portokosten sind von der ersuchenden Stelle zu erstatten. Die Kosten werden nicht erstattet, wenn die ärztliche Untersuchung im Interesse der zuständigen Träger beider Vertragsstaaten liegt.

Artikel 28

Anerkennung vollstreckbarer Entscheidungen und Urkunden

(1) Die vollstreckbaren Entscheidungen der Gerichte sowie die vollstreckbaren Urkunden der Träger oder der Behörden eines Vertragsstaats über Beiträge und sonstige Forderungen aus der sozialen Sicherheit werden im anderen Vertragsstaat anerkannt.

(2) Die Anerkennung darf nur versagt werden, wenn sie der öffentlichen Ordnung des Vertragsstaats (ordre public) widerspricht, in dem die Entscheidung oder die Urkunde anerkannt werden soll.

(3) Die nach Absatz 1 anerkannten vollstreckbaren Entscheidungen und Urkunden werden im anderen Vertragsstaat vollstreckt. Das Vollstreckungsverfahren richtet sich nach den Rechtsvorschriften, die in dem Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet vollstreckt werden soll, für die Vollstreckung der in diesem Staat erlassenen entsprechenden Entscheidungen und Urkunden gelten. Die Ausfertigung der Entscheidung oder der Urkunde muss mit der Bestätigung ihrer Vollstreckbarkeit (Vollstreckungsklausel) versehen sein.

(4) Forderungen von Trägern im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats aus Beitragsrückständen haben bei der Zwangsvollstreckung sowie im Konkurs- und Vergleichsverfahren im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats die gleichen Vorrechte wie entsprechende Forderungen im Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaats.

Artikel 29

Schadensersatzansprüche des Trägers gegen Dritte

(1) Hat eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats Leistungen für einen Schaden zu erhalten hat, der im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats eingetreten ist, nach dessen Vorschriften gegen einen Dritten Anspruch auf Ersatz des Schadens, so geht der Ersatzanspruch auf den Träger

(2) V případě zvýšení důchodu pro bezmocnost platí odstavec 1 obdobně.

(3) Pro stanovení vyměřovacího základu pro výpočet dávek podle českých právních předpisů se doby pojištění získané podle německých právních předpisů v rozhodném období vylučují.

Část III

Různá ustanovení

1. kapitola

Úřední a právní pomoc

Článek 27

Úřední a právní pomoc a lékařská vyšetření

(1) Nositelé, svazy nositelů a úřady smluvních států si při provádění této smlouvy a právních předpisů v oblasti jejího věcného rozsahu (článek 2, odstavec 1) poskytují vzájemnou pomoc tak, jako by používali právní předpisy pro ně platné. Tato pomoc je bezplatná. Výdaje v hotovosti kromě poštovného se refundují.

(2) Pro vzájemnou pomoc soudů smluvních států platí odstavec 1 obdobně.

(3) Odstavec 1, věta 1., platí i pro lékařská vyšetření. Náklady na vyšetření, cestovní náklady, ušlý výdělek, náklady na ubytování za účelem lékařského pozorování a jiné výdaje v hotovosti, kromē poštovného, refunduje žadatel. Náklady se nerefundují, jestliže lékařské vyšetření je v zájmu příslušných nositelů obou smluvních států.

Článek 28

Uznávání exekučních rozhodnutí a listin

(1) Exekuční rozhodnutí soudů a exekuční listiny nositelů nebo úřadů jednoho smluvního státu o příspěvcích a jiných pohledávkách v sociálním zabezpečení se ve druhém smluvním státě uznávají.

(2) Uznání může být odmítnuto pouze tehdy, jestliže je v rozporu s veřejným pořádkem (ordre public) smluvního státu, ve kterém mají být příslušná rozhodnutí nebo listiny uznány.

(3) Podle odstavce 1 uznaná exekuční rozhodnutí a exekuční listiny se ve druhém smluvním státě vykonávají. Exekuční řízení se řídí právními předpisy, které platí pro výkon obdobných vynesených rozhodnutí a vydaných listin v tom státě, na jehož výsostném území má být provedeno. Vyhotovená rozhodnutí nebo listiny musí být opatřeny potvrzením o jejich vykonatelnosti (exekuční doložka).

(4) Pohledávky nositelů za příspěvky nezaplacené na výsostném území jednoho smluvního státu mají při donucovacím výkonu práva a při konkursním a vyrovnávacím řízení na výsostném území druhého smluvního státu stejná přednostní práva jako obdobné pohledávky na výsostném území tohoto smluvního státu.

Článek 29

Nároky nositele na náhradu škody proti třetím osobám

(1) Má-li osoba – které přísluší podle právních předpisů jednoho ze smluvních států dávky za škodu, která vznikla na výsostném území druhého smluvního státu podle jeho předpisů – nárok na náhradu škody proti třetí osobě, přechází nárok na náhradu škody na nositele prvního smluvního státu podle pro

des ersten Vertragsstaats nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften über; der andere Vertragsstaat erkennt diesen Übergang an.

(2) Hat der Träger eines Vertragsstaats nach dessen Rechtsvorschriften gegen einen Dritten einen ursprünglichen Ersatzanspruch, so erkennt der andere Vertragsstaat dies an.

(3) Stehen Ersatzansprüche hinsichtlich gleichartiger Leistungen aus demselben Schadensfall sowohl einem Träger des einen Vertragsstaats als auch einem Träger des anderen Vertragsstaats zu, so macht der Träger des einen Vertragsstaats auf Antrag des Trägers des anderen Vertragsstaats auch dessen Ersatzanspruch geltend. Der Dritte kann die Ansprüche der beiden Träger mit befreiender Wirkung durch Zahlung an den einen oder anderen Träger befriedigen. Im Innenverhältnis sind die Träger anteilig im Verhältnis der von ihnen zu erbringenden Leistungen ausgleichspflichtig.

(4) Soweit der Schadensersatzanspruch einer Person den Anspruch auf Ersatz von Beiträgen zur Sozialversicherung umfasst, geht auch dieser Ersatzanspruch auf den Leistungsträger des ersten Vertragsstaats nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften über.

něj platných právních předpisů; druhý smluvní stát uzná tento přechod.

(2) Má-li nositel jednoho smluvního státu podle jeho právních předpisů prvotní nárok na náhradu proti třetí osobě, druhý smluvní stát tento nárok uzná.

(3) Má-li nárok na náhradu při obdobných dávkách ze stejné škody jak nositel jednoho smluvního státu, tak i nositel druhého smluvního státu, uplatňuje nositel jednoho smluvního státu na žádost nositele druhého smluvního státu i jeho nárok na náhradu. Třetí osoba může nároky obou nositelů uspokojit se zprošťujícím účinkem platbou jednomu nebo druhému nositeli. Ve vnitřním vztahu jsou nositelé povinni k dílčímu vzájemnému vyrovnání v poměru podle výše dávek, které mají poskytnout.

(4) V případě, že nárok na náhradu škody některé osoby zahrnuje nárok na náhradu příspěvků sociálního pojištění, přechází tento nárok na náhradu na nositele prvního smluvního státu podle právních předpisů pro něj platných.

Artikel 30

Gebühren und Legalisation

(1) Die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats vorgesehene Befreiung oder Ermäßigung von Steuern oder Verwaltungsgebühren einschließlich Konsulargebühren sowie die Erstattung von Auslagen für Urkunden und andere Schriftstücke, die in Anwendung dieser Rechtsvorschriften vorzulegen sind, erstreckt sich auch auf die entsprechenden Urkunden und anderen Schriftstücke, die in Anwendung dieses Abkommens oder der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats (Artikel 2 Absatz 1) vorzulegen sind.

(2) Urkunden, die in Anwendung dieses Abkommens oder der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats (Artikel 2 Absatz 1) vorzulegen sind, bedürfen zur Verwendung gegenüber Stellen des anderen Vertragsstaats keiner Legalisation oder einer anderen ähnlichen Förmlichkeit.

Článek 30

Poplatky a legalizace

(1) Osvobození nebo snížení daní nebo správních poplatků stanovené právními předpisy jednoho smluvního státu, včetně konzulárních poplatků, stejně tak jako úhrada výloh za listiny a jiné písemnosti, které se předkládají při používání těchto právních předpisů, se vztahuje i na obdobné listiny a jiné písemnosti, které je nutno předložit při použití této smlouvy nebo právních předpisů druhého smluvního státu spadajících do věcného rozsahu této smlouvy (článek 2, odstavec 1).

(2) Listiny, které se předkládají při používání této smlouvy nebo právních předpisů jednoho smluvního státu týkajících se věcného rozsahu Smlouvy (článek 2, odstavec 1), nevyžadují při předložení institucím druhého smluvního státu žádná ověření nebo podobné formality.

Artikel 31

Zustellung und Verkehrssprachen

(1) Die Träger, Verbände von Trägern, Behörden und Gerichte der Vertragsstaaten können bei Durchführung dieses Abkommens und der von seinem sachlichen Geltungsbereich erfassten Rechtsvorschriften (Artikel 2 Absatz 1) unmittelbar miteinander und mit den beteiligten Personen und deren Vertretern in ihren Amtssprachen verkehren. Rechtsvorschriften über die Zuziehung von Dolmetschern bleiben unberührt. Urteile, Bescheide oder sonstige Schriftstücke können einer Person, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhält, unmittelbar durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein zugestellt werden.

(2) Die Träger, Verbände von Trägern, Behörden und Gerichte der Vertragsstaaten dürfen Eingaben und Urkunden nicht zurückweisen, weil sie in der Amtssprache des anderen Vertragsstaats abgefasst sind.

Článek 31

Doručování a jednací jazyky

(1) Nositelé, svazy nositelů, úřady a soudy smluvních států mohou při provádění této smlouvy a právních předpisů týkajících se jejího věcného rozsahu (článek 2, odstavec 1) bezprostředně mezi sebou a se zúčastněnými osobami a jejich zástupci jednat v jejich úředním jazyce. Právní předpisy o účasti tlumočníků zůstávají nedotčeny. Rozsudky, rozhodnutí nebo jiné písemnosti mohou být doporučeným a doručenkou opatřeným dopisem bezprostředně doručeny osobě, která pobývá na výsostném území druhého smluvního státu.

(2) Nositelé, svazy nositelů, úřady a soudy smluvních států nesmí odmítnout podání ani listiny z toho důvodu, že jsou sepsány v úředním jazyce druhého smluvního státu.

Artikel 32

Gleichstellung von Anträgen

(1) Ist der Antrag auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats bei einer Stelle im anderen Vertragsstaat gestellt worden, die für die Annahme des Antrags auf eine entsprechende Leistung nach den für sie geltenden Rechtsvorschriften zugelassen ist, so gilt der Antrag als bei dem zuständigen Träger gestellt. Dies gilt für sonstige Anträge sowie für Erklärungen und Rechtsbehelfe entsprechend.

Článek 32

Rovnost žádostí

(1) Byla-li žádost o dávku podle právních předpisů jednoho smluvního státu podána u instituce v druhém smluvním státě, jež je podle jeho platných právních předpisů oprávněna přijímat žádosti o příslušné dávky, považuje se tato žádost za podanou u příslušného nositele. To platí obdobně i pro jiné žádosti, prohlášení a opravné prostředky.

(2) Die Anträge, Erklärungen und Rechtsbehelfe sind von der Stelle des einen Vertragsstaats, bei der sie eingereicht worden sind, unverzüglich an die zuständige Stelle des anderen Vertragsstaats weiterzuleiten.

(3) Ein Antrag auf Leistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaats gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats. Dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, dass die Feststellung der nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats erworbenen Ansprüche auf Leistungen bei Alter aufgeschoben wird.

(2) Žádosti, prohlášení a opravné prostředky je instituce jednoho smluvního státu, u které byly podány, povinna bez prodlení postoupit příslušné instituci druhého smluvního státu.

(3) Žádost o dávku podle právních předpisů jednoho smluvního státu se považuje i za žádost o obdobnou dávku podle právních předpisů druhého smluvního státu. To neplatí, jestliže žadatel výslovně požádá, aby stanovení nároků na dávky získaných ve stáří podle právních předpisů druhého smluvního státu bylo odloženo.

Artikel 33

Vertretungsbefugnis der diplomatischen und konsularischen Vertretungen

Die diplomatischen und konsularischen Vertretungen des einen Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats sind bei Durchführung dieses Abkommens und der von seinem sachlichen Geltungsbereich erfassten Rechtsvorschriften (Artikel 2 Absatz 1) berechtigt, auf Antrag der Berechtigten die zur Sicherung und Erhaltung der Rechte der Staatsangehörigen des ersten Staates notwendigen Handlungen ohne Nachweis einer Vollmacht vorzunehmen. Sie können insbesondere bei den Trägern, Verbänden von Trägern, Behörden und Gerichten des anderen Vertragsstaats im Interesse der Staatsangehörigen Anträge stellen, Erklärungen abgeben und Rechtsbehelfe einbringen.

Článek 33

Právo zastupování diplomatickými a konzulárními úřady

Diplomatické a konzulární úřady jednoho smluvního státu na výsostném území druhého smluvního státu jsou při provádění této smlouvy a právních předpisů týkajících se jejího věcného rozsahu (článek 2, odstavec 1) oprávněny na žádost oprávněné osoby za účelem zajištění a zachování práv státního příslušníka prvního smluvního státu jednat v nezbytném rozsahu bez dokladu o plné moci. Jsou zejména oprávněny podávat u nositelů, svazů nositelů, úřadů a soudů druhého smluvního státu v zájmu jejich státních příslušníků žádosti, prohlášení a opravné prostředky.

Artikel 34

Datenschutz

(1) Soweit aufgrund dieses Abkommens nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften:

a) Die Daten dürfen für die Durchführung dieses Abkommens und der Rechtsvorschriften, auf die es sich bezieht, an die danach im Empfängerstaat zuständigen Stellen übermittelt werden. Die empfangende Stelle darf sie für diese Zwecke verarbeiten und nutzen. Eine Weiterübermittlung im Empfängerstaat an andere Stellen oder die Nutzung im Empfängerstaat für andere Zwecke ist im Rahmen des Rechts des Empfängerstaats zulässig, wenn dies Zwecken der sozialen Sicherung einschließlich damit zusammenhängender gerichtlicher Verfahren dient. Dies verhindert jedoch nicht die Weiterübermittlung dieser Daten in Fällen, in denen hierzu nach den Gesetzen und sonstigen Vorschriften des Empfängerstaats für strafrechtlich geschützte Belange oder für steuerliche Zwecke eine Verpflichtung besteht. Im Übrigen darf die Weiterübermittlung an andere Stellen nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stellen erfolgen.

b) Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle auf deren Ersuchen in Einzelfällen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.

c) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nach dem Recht des übermittelnden Staates nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Sie ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung vorzunehmen.

d) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats, von dessen Stelle die Auskunft begehrt wird.

Článek 34

Ochrana dat

(1) Pro předávání osobních údajů na základě této smlouvy s přihlédnutím k ustanovením vnitrostátního práva platí za podmínky dodržování právních předpisů platných v každém ze smluvních států následující ustanovení:

a) Údaje smějí být předávány příslušným institucím v přijímajícím státě za účelem provádění této smlouvy a právních předpisů, na něž se Smlouva vztahuje. Přijímající instituce je smí k těmto účelům zpracovat a používat. Další předávání údajů v přijímajícím státě jiným institucím nebo jejich používání v přijímajícím státě k jiným účelům je v rámci právních předpisů přijímajícího státu přípustné, jestliže slouží účelům sociálního zabezpečení a soudních řízení s ním souvisejících. To však nebrání dalšímu předávání těchto údajů v případech, ve kterých podle zákonů a jiných předpisů přijímajícího státu existuje taková povinnost v trestněprávních a daňových záležitostech. V ostatních případech mohou být údaje dány k dispozici jiným institucím pouze po předchozím souhlase předávající instituce.

b) Příjemce v jednotlivých případech informuje předávající instituci na její žádost o použití předaných údajů a o dosažených výsledcích.

c) Předávající instituce je povinna zajišťovat správnost údajů určených k předávání a zvážit jejich nutnost a přiměřenost pro sledované účely. Přitom musí být dodržováno vnitrostátní právo týkající se zákazu předávání údajů. Prokáže-li se, že byly předány nesprávné údaje nebo údaje, které podle práva poskytujícího státu nesměly být předány, musí o tom být přijímací instituce neprodleně informována. Tato instituce je povinna údaje opravit nebo smazat.

d) Na žádost dotyčné osoby jí musí být poskytnuty informace, jež o ní mají být předány, a údaje o sledovaném účelu použití. Právo dotyčné osoby na informaci o existujících údajích o její osobě se jinak řídí vnitrostátním právem toho smluvního státu, jehož instituce informaci vyžaduje.

e) Hat eine Stelle des einen Vertragsstaats personenbezogene Daten aufgrund dieses Abkommens übermittelt, kann die empfangende Stelle des anderen Vetragsstaats sich im Rahmen ihrer Haftung nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts gegenüber dem Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass die übermittelten Daten unrichtig gewesen sind. Leistet die empfangende Stelle Schadensersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung von unrichtig übermittelten Daten verursacht wurde, so erstattet die übermittelnde Stelle der empfangenden Stelle den Gesamtbetrag des geleisteten Ersatzes.

f) Übermittelte personenbezogene Daten sind zu löschen, sobald sie zu dem Zweck, zu dem sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind und kein Grund zu der Annahme besteht, dass durch die Löschung schutzwürdige Interessen des Betroffenen im Bereich der sozialen Sicherung beeinträchtigt werden.

g) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten festzuhalten.

h) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, personenbezogene Daten, die übermittelt werden, wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

(2) Die Vorschriften des Absatzes 1 gelten für Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse entsprechend.

Kapitel 2

Durchführung und Auslegung dieses Abkommens

Artikel 35

Durchführungsvereinbarungen und Verbindungsstellen

(1) Die Regierungen oder die zuständigen Behörden können die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen Vereinbarungen schließen. Die zuständigen Behörden unterrichten einander über Änderungen und Ergänzungen der für sie geltenden vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften (Artikel 2 Absatz 1).

(2) Zur Durchführung dieses Abkommens werden hiermit folgende Verbindungsstellen eingerichtet:

a) in der Bundesrepublik Deutschland

für die Krankenversicherung
die Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland, Bonn,

für die Unfallversicherung
die Deutsche Verbindungsstelle Unfallversicherung – Ausland, Sankt Augustin,

für die Rentenversicherung der Arbeiter
die Landesversicherungsanstalt Niederbayern – Oberpfalz, Landshut,

für die Rentenversicherung der Angestellten
die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin,

für die knappschaftliche Rentenversicherung
die Bundesknappschaft, Bochum,

für die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung
die Landesversicherungsanstalt für das Saarland, Saarbrücken,

b) in der Tschechischen Republik

für die Krankengeld- und die Rentenversicherung
die tschechische Verwaltung für Soziale Sicherheit, Prag, (Česká správa sociálního zabezpečení Praha),

e) Poskytla-li instituce jednoho smluvního státu osobní údaje na základě této smlouvy, nemůže přijímací instituce druhého smluvního státu v rámci své odpovědnosti podle vnitrostátního práva uvádět na svou obhajobu a odvolávat se vůči poškozenému na to, že poskytnuté údaje byly nesprávné. Zaplatí-li přijímací instituce náhradu z důvodů škody, která byla zapříčiněna použitím nesprávně předaných údajů, uhradí poskytující instituce přijímací instituci celkovou částku zaplacené náhrady.

f) Předané osobní údaje musí být smazány, jakmile již nejsou nutné k účelu, ke kterému byly předány, a neexistuje žádný důvod k předpokladu, že se smazáním poškodí ochranyhodné zájmy dotyčné osoby v oblasti sociálního zabezpečení.

g) Poskytující a přijímající instituce je povinna evidovat předání a příjem osobních údajů.

h) Poskytující a přijímající instituce jsou povinny účinně chránit předané osobní údaje proti neoprávněnému přístupu, neoprávněným změnám a neoprávněnému zveřejnění.

(2) Předpisy odstavce 1 platí obdobně pro výrobní a obchodní tajemství.

2. kapitola

Provádění a výklad Smlouvy

Článek 35

Ujednání o provádění a styčná místa

(1) Vlády nebo příslušné úřady mohou za účelem provádění Smlouvy uzavřít potřebná ujednání. Příslušné úřady se vzájemně informují o změnách a doplňcích pro ně platných právních předpisů, jež se týkají věcného rozsahu této smlouvy (článek 2, odstavec 1).

(2) K provádění této smlouvy se tímto zřizují následující styčná místa:

a) ve Spolkové republice Německo

pro nemocenské pojištění
Německé styčné místo pro nemocenské pojištění – zahraničí (Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland), Bonn,

pro úrazové pojištění
Německé styčné místo pro úrazové pojištění – zahraničí (Deutsche Verbindungsstelle Unfallversicherung-Ausland), Sankt Augustin,

pro důchodové pojištění dělníků
Zemská pojišťovna Dolní Bavorsko – Horní Falc (Landesversicherungsanstalt Niederbayern-Oberpfalz), Landshut,

pro důchodové pojištění zaměstnanců
Spolková pojišťovna pro zaměstnance (Bundesversicherungsanstalt für Angestellte), Berlín,

pro hornické důchodové pojištění
Spolková hornická pojišťovna (Bundesknappschaft), Bochum,

pro hutní a hornické připojištění
Zemská pojišťovna pro Sársko (Landesversicherungsanstalt für das Saarland), Saarbrücken;

b) v České republice

pro nemocenské a důchodové pojištění
Česká správa sociálního zabezpečení, Praha,

für die Gesundheitsversicherung
das Ministerium für Gesundheitswesen (Ministerstvo zdravotnictví) oder eine von ihm beauftragte Stelle.

(3) Soweit die deutschen Rechtsvorschriften es nicht bereits vorschreiben, ist innerhalb der Rentenversicherung der Arbeiter die für diese eingerichtete Verbindungsstelle für alle Verfahren einschließlich der Feststellung und Erbringung von Leistungen zuständig, wenn

a) Versicherungszeiten nach den deutschen und tschechischen Rechtsvorschriften zurückgelegt oder anzurechnen sind oder

b) sonstige im Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik zurückgelegte Zeiten nach den deutschen Rechtsvorschriften über Fremdrenten anzurechnen sind oder

c) der Berechtigte sich im Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik gewöhnlich aufhält oder

d) der Berechtigte sich als tschechischer Staatsangehöriger gewöhnlich außerhalb der Vertragsstaaten aufhält.

Dies gilt für Leistungen zur Rehabilitation nur, wenn sie im Rahmen eines laufenden Rentenverfahrens erbracht werden.

(4) Die Zuständigkeit der Bahnversicherungsanstalt und der Seekasse nach den deutschen Rechtsvorschriften bleibt unberührt.

(5) Die Verbindungsstellen und die in Absatz 4 genannten Stellen werden ermächtigt, unter Beteiligung der zuständigen Behörden unbeschadet des Absatzes 1 für ihren Zuständigkeitsbereich die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen und zweckmäßigen Verwaltungsmaßnahmen zu vereinbaren, einschließlich des Verfahrens über die Erstattung und Zahlung von Geldleistungen.

pro zdravotní pojištění
Ministerstvo zdravotnictví, nebo jím pověřený orgán.

(3) Nestanoví-li německé právní předpisy jinak, je při důchodovém pojištění dělníků pro ně zřízené styčné místo příslušné pro veškerá řízení, včetně stanovení a poskytování dávek, jestliže

a) doby pojištění byly získány podle českých a německých právních předpisů a jsou započitatelné nebo

b) ostatní doby prokázané na výsostném území České republiky se započítávají podle německých právních předpisů o důchodech cizinců nebo

c) oprávněná osoba obvykle pobývá na výsostném území České republiky nebo

d) oprávněná osoba jako český státní příslušník obvykle pobývá mimo smluvní státy.

Pro dávky za účelem rehabilitace toto platí jen tehdy, pokud byly poskytnuty v rámci probíhajícího důchodového řízení.

(4) Příslušnost Železniční pojišťovny (Bahnversicherungsanstalt) a Námořnické pokladny (Seekasse) podle německých právních předpisů zůstává nedotčena.

(5) Styčná místa a instituce uvedené v odstavci 4 budou zmocněny dohodnout pro oblast jejich působnosti a za účasti příslušných úřadů správní opatření potřebná a účelná pro provádění této smlouvy, včetně postupu pro úhradu peněžitých dávek, aniž by tím byl dotčen odstavec 1.

Artikel 36

Währung und Umrechnungskurse

Geldleistungen können von einem Träger eines Vertragsstaats an eine Person, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhält, in der Währung des einen oder des anderen Vertragsstaats mit befreiender Wirkung erbracht werden. Im Verhältnis zwischen dem Träger und dem Berechtigten ist für die Umrechnung der Kurs des Tages maßgebend, der bei der Übermittlung der Geldleistung zugrunde gelegt worden ist. Hat ein Träger an einen Träger des anderen Vertragsstaats Zahlungen vorzunehmen, so sind diese in der Währung des zweiten Vertragsstaats zu leisten. Hat ein Träger in den Fällen des Artikels 28 (Anerkennung vollstreckbarer Entscheidungen und Urkunden) oder des Artikels 29 (Schadensersatzansprüche des Trägers gegen Dritte) an einen Träger des anderen Vertragsstaats Zahlungen vorzunehmen, so sind diese in der Währung des ersten Vertragsstaats zu leisten.

Článek 36

Měna a přepočítací kursy

Nositel jednoho smluvního státu může se zprošťujícím účinkem poskytovat peněžité dávky osobě pobývající na výsostném území druhého smluvního státu v měně jednoho nebo druhého smluvního státu. Ve vztahu mezi nositelem pojištění a oprávněnou osobou je rozhodující přepočet podle aktuálního kursu ke dni převodu peněžité dávky. Platby jednoho nositele druhému nositeli se realizují v měně druhého smluvního státu. Má-li nositel pojištění podle článku 28 (uznání vykonatelných rozhodnutí a listin) anebo podle článku 29 (nároky nositele pojištění na náhradu škody proti třetí osobě) poskytnout platby nositeli pojištění druhého smluvního státu, tyto se realizují v měně prvního smluvního státu.

Artikel 37

Erstattungen

(1) Hat der Träger eines Vertragsstaats Geldleistungen zu Unrecht erbracht, so kann der zu Unrecht gezahlte Betrag von einer entsprechenden Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats zugunsten des Trägers einbehalten werden.

(2) Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats Anspruch auf eine Geldleistung für einen Zeitraum, für den ihr oder ihren Angehörigen von einem Fürsorgeträger des anderen Vertragsstaats Leistungen erbracht worden sind, so ist diese Geldleistung auf Ersuchen und zugunsten des ersatzberechtigten Fürsorgeträgers einzubehalten und zu erstatten, als sei dieser ein Fürsorgeträger mit dem Sitz im Hoheitsgebiet des ersten Vertragsstaats. Die Erstattungspflicht besteht nicht, soweit der Leistungsträger selbst geleistet hat, bevor er von der Leistung des Fürsorgeträgers Kenntnis erlangt hat.

Článek 37

Refundace

(1) Poskytl-li nositel jednoho smluvního státu neoprávněně peněžité dávky, může se neoprávněně vyplacená částka zadržet ve prospěch nositele z obdobné dávky poskytované podle právních předpisů druhého smluvního státu.

(2) Má-li osoba podle právních předpisů jednoho smluvního státu nárok na peněžitou dávku za časové období, ve kterém byly jí nebo jejím rodinným příslušníkům poskytovány dávky orgánem poskytujícím sociální péči druhého smluvního státu, zadrží se a vyplatí tato peněžitá dávka na žádost a ve prospěch náhradního oprávněného orgánu poskytujícího sociální péči, jako by to byl orgán poskytující sociální péči se sídlem na výsostném území prvního smluvního státu. Povinnost refundace nevzniká, jestliže nositel poskytující dávky poskytl platbu předtím, než se dozvěděl o tom, že dávka byla poskytnuta orgánem sociální péče.

Artikel 38

Streitbeilegung

(1) Streitigkeiten zwischen den beiden Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen eines Vertragsstaats einem Schiedsgericht unterbreitet.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jeder Vertragsstaat ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen beider Vertragsstaaten bestellt wird. Die Mitglieder werden innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten bestellt, nachdem der eine Vertragsstaat dem anderen mitgeteilt hat, dass er die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Ist der Präsident Staatsangehöriger eines Vertragsstaats oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Ist auch der Vizepräsident Staatsangehöriger eines Vertragsstaats oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht Staatsangehöriger eines Vertragsstaats ist, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit aufgrund der zwischen den Vertragsstaaten bestehenden Verträge und des allgemeinen Völkerrechts. Seine Entscheidungen sind bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Mitglieds sowie seiner Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht. Die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im Übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Článek 38

Řešení sporů

(1) Spory mezi oběma smluvními státy o výklad nebo provádění této smlouvy se, pokud možno, řeší prostřednictvím příslušných úřadů.

(2) Nemůže-li být spor tímto způsobem vyřešen, předkládá se na žádost jednoho smluvního státu rozhodčímu soudu.

(3) Rozhodčí soud se sestavuje případ od případu tak, že každý smluvní stát jmenuje jednoho člena a oba členové se dohodnou na předsedovi, který je státním příslušníkem třetího státu a bude jmenován vládami obou smluvních států. Členové se jmenují do dvou měsíců a předseda do tří měsíců poté, co jeden smluvní stát oznámil druhému smluvnímu státu, že hodlá předložit spor rozhodčímu soudu.

(4) Nedodrží-li se lhůty uvedené v odstavci 3, má při absenci jiné dohody každý smluvní stát právo požádat předsedu Evropského soudu pro lidská práva, aby provedl potřebná jmenování. Je-li předseda státním příslušníkem jednoho ze smluvních států, nebo je-li u něj překážka z jiného důvodu, jmenuje členy místopředseda. Je-li i místopředseda státním příslušníkem jednoho ze smluvních států, nebo je-li i u něho překážka, jmenuje členy nejvýše postavený člen soudního dvora, jež není státním příslušníkem žádného ze smluvních států.

(5) Rozhodčí soud rozhoduje většinou hlasů na základě existujících smluv mezi smluvními státy a podle obecného mezinárodního práva. Jeho rozhodnutí jsou závazná. Každý smluvní stát nese náklady svého člena a jeho zástupce při jednání u rozhodčího soudu. Náklady předsedy a jiné náklady nesou smluvní státy stejným dílem. Rozhodčí soud může rozhodnout o jiné úpravě nákladů. Jinak rozhoduje rozhodčí soud o způsobu řízení sám.

Teil IV

Übergangs- und Schlussbestimmungen

Artikel 39

Leistungsansprüche auf Grundlage dieses Abkommens

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Leistungen

a) für die Zeit vor seinem Inkrafttreten;

b) in den Fällen, in denen Anspruch auf Leistungen nach dem Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Tschechoslowakischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Sozialpolitik vom 11. September 1956 besteht;

c) nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats für nach dessen Rechtsvorschriften zurückgelegte Versicherungszeiten bei Personen, die sich im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens im anderen Vertragsstaat gewöhnlich aufhalten und nach den dortigen Rechtsvorschriften Leistungen für die nach den Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats zurückgelegten Versicherungszeiten beziehen, solange sie sich im anderen Vertragsstaat gewöhnlich aufhalten. Dies gilt entsprechend in den Fällen, in denen eine Rente ohne Unterbrechung in eine andere Rente übergeht.

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens werden auch die vor seinem Inkrafttreten nach den Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten gegebenen erheblichen Tatsachen berücksichtigt.

(3) Frühere Entscheidungen stehen der Anwendung dieses Abkommens nicht entgegen.

Část IV

Ustanovení přechodná a závěrečná

Článek 39

Nároky na dávky na základě Smlouvy

(1) Tato smlouva nezakládá žádný nárok na dávky

a) za dobu před jejím vstupem v platnost;

b) v těch případech, ve kterých existuje nárok na dávku podle Dohody mezi vládou Německé demokratické republiky a vládou Československé republiky o spolupráci na poli sociální politiky z 11. září 1956;

c) podle právních předpisů jednoho smluvního státu za doby pojištění získané podle jeho právních předpisů u osob, které se v době vstupu v platnost Smlouvy obvykle zdržují v druhém smluvním státě a dostávají dávky podle jeho právních předpisů za doby pojištění získané podle právních předpisů prvního smluvního státu, pokud se v druhém smluvním státě obvykle zdržují. To platí obdobně v případech, kdy jeden důchod přechází bez přerušení v jiný důchod.

(2) Při provádění této smlouvy se přihlíží i k rozhodným skutečnostem, které nastaly podle právních předpisů smluvních států před jejím vstupem v platnost.

(3) Dřívější rozhodnutí neodporují používání této smlouvy.

(4) Wird ein Antrag auf Feststellung einer Rente, auf die nur unter Berücksichtigung dieses Abkommens Anspruch besteht, innerhalb von 12 Monaten nach seinem Inkrafttreten gestellt, so beginnt die Rente mit dem Kalendermonat, zu dessen Beginn die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt waren, frühestens mit dem Inkrafttreten des Abkommens. Günstigere innerstaatliche Rechtsvorschriften bleiben unberührt.

(5) Renten, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens festgestellt sind, werden unter dessen Berücksichtigung auf Antrag neu festgestellt.

(6) Ergäbe die Neufeststellung nach Absatz 5 keine oder eine niedrigere Rente, als sie zuletzt für die Zeit vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens gezahlt worden ist, so ist die Rente in der bisherigen Höhe weiter zu erbringen.

Artikel 40

Schlussprotokoll

Das beiliegende Schlussprotokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 41

Ratifikation

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Berlin ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

Artikel 42

Abkommensdauer

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahrs auf diplomatischem Wege schriftlich kündigen.

(2) Wird dieses Abkommen gekündigt, bleiben die bis zum Außerkrafttreten dieses Abkommens erworbenen Leistungsansprüche unberührt. Einschränkende Rechtsvorschriften über den Ausschluss eines Anspruchs oder das Ruhen oder die Entziehung von Leistungen wegen des Aufenthalts im Ausland bleiben für diese Ansprüche unberücksichtigt.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Abkommen unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

Geschehen zu Prag am 27. Juli 2001 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(4) Bude-li podána žádost o vyměření důchodu, na který existuje nárok pouze s přihlédnutím k této smlouvě, během 12 měsíců po jejím vstupu v platnost, přizná se důchod od kalendářního měsíce, k jehož začátku byly splněny podmínky pro nárok, nejdříve však vstupem této smlouvy v platnost. Příznivější vnitrostátní předpisy zůstávají nedotčeny.

(5) Důchody, které byly stanoveny před vstupem této smlouvy v platnost, budou s přihlédnutím k této smlouvě na žádost znovu vyměřeny.

(6) V případě, že by nové vyměření podle odstavce 5 nestanovilo žádný nebo stanovilo důchod nižší než ten, který byl vyplácen před vstupem této smlouvy v platnost, bude se pokračovat ve vyplácení důchodu v dosavadní výši.

Článek 40

Závěrečný protokol

Přiložený Závěrečný protokol je součástí Smlouvy.

Článek 41

Ratifikace

(1) Tato smlouva podléhá ratifikaci; ratifikační listiny budou vyměněny co možná nejdříve v Berlíně.

(2) Tato smlouva vstoupí v platnost prvního dne druhého měsíce následujícího po uplynutí měsíce, ve kterém byly vyměněny ratifikační listiny.

Článek 42

Doba platnosti Smlouvy

(1) Tato smlouva se sjednává na dobu neurčitou. Každý smluvní stát ji může písemně vypovědět diplomatickou cestou při dodržení tříměsíční lhůty ke konci kalendářního roku.

(2) Bude-li tato smlouva vypovězena, zůstávají nároky na dávky získané do skončení platnosti Smlouvy nedotčeny. K omezujícím právním předpisům o vyloučení nároku, pozastavení nebo odnětí dávek z důvodu pobytu v cizině, se u těchto nároků nepřihlíží.

Na důkaz toho k tomu oprávnění zmocněnci obou smluvních států tuto smlouvu podepsali a opatřili pečetěmi.

Dáno v Praze dne 27. července 2001 ve dvou původních vyhotoveních, každé v jazyce německém a českém, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Za Spolkovou republiku Německo

Andreas Meitzner
Ulrike Mascher

Für die Tschechische Republik
Za Českou republiku

Špídla

Schlussprotokoll zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über Soziale Sicherheit

Bei der Unterzeichnung des heute zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik geschlossenen Abkommens über Soziale Sicherheit erklären die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten, dass Einverständnis über Folgendes besteht:

1. **Zu Artikel 2 des Abkommens:**

   Für die in der Bundesrepublik Deutschland bestehende hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung und für die Alterssicherung der Landwirte gelten die besonderen Bestimmungen des Abkommens über Rentenversicherung (Teil II Kapitel 3) nicht.

2. **Zu Artikel 4 des Abkommens:**

   a) Versicherungslastregelungen in den zwischenstaatlichen Übereinkünften beider Vertragsstaaten bleiben unberührt.

   b) Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats, die die Mitwirkung der Versicherten und der Arbeitgeber in den Organen der Selbstverwaltung der Träger und der Verbände sowie in der Rechtsprechung der Sozialen Sicherheit gewährleisten, bleiben unberührt.

   c) Tschechische Staatsangehörige, die sich gewöhnlich außerhalb des Hoheitsgebiets der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, sind zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung berechtigt, wenn sie zu dieser für mindestens 60 Monate Beiträge wirksam entrichtet haben; günstigere innerstaatliche Regelungen bleiben unberührt. Dies gilt auch für Flüchtlinge und Staatenlose (Artikel 3), die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik aufhalten.

3. **Zu Artikel 5 des Abkommens:**

   a) Für Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik gilt die Bestimmung über die Gleichstellung der Hoheitsgebiete (Artikel 5) in

Závěrečný protokol ke Smlouvě mezi Spolkovou republikou Německo a Českou republikou o sociálním zabezpečení

Při podpisu Smlouvy o sociálním zabezpečení uzavřené dnes mezi Spolkovou republikou Německo a Českou republikou prohlásili zmocněnci obou smluvních států, že se dohodli na následujícím:

1. **K článku 2 Smlouvy:**

   Pro hutní a hornické připojištěni a pro starobní pojištění zemědělců existující ve Spolkové republice Německo neplatí zvláštní ustanovení Smlouvy o důchodovém pojištění (část II, 3. kapitola).

2. **K článku 4 Smlouvy:**

   a) Úpravy pojistných závazků v mezistátních smlouvách obou smluvních států zůstávají nedotčeny.

   b) Právní předpisy jednoho smluvního státu, které zaručují spolupůsobení pojištěnců a zaměstnavatelů v orgánech samosprávy nositelů pojištění, svazů a v judikatuře sociálního zabezpečení, zůstávají nedotčeny.

   c) Čeští státní příslušníci, kteří obvykle pobývají mimo výsostné území Spolkové republiky Německo, mají právo se nechat dobrovolně pojistit v rámci německého důchodového pojištění za předpokladu, že skutečně zaplatili nejméně 60 měsíčních příspěvků do důchodového pojištění; výhodnější vnitrostátní úpravy zůstávají nedotčeny. Toto platí i pro uprchlíky a osoby bez státní příslušnosti (článek 3), které obvykle pobývají na výsostném území České republiky.

3. **K článku 5 Smlouvy:**

   a) Pro osoby s obvyklým pobytem na výsostném území České republiky platí ustanovení o rovnosti výsostných území (článek 5) ohledně důchodu podle německých

Bezug auf eine Rente nach den deutschen Rechtsvorschriften wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nur, wenn der Anspruch unabhängig von der jeweiligen Arbeitsmarktlage besteht.

b) Die deutschen Rechtsvorschriften über Leistungen aus Arbeitsunfällen (Berufskrankheiten), die nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland eingetreten sind, sowie über Leistungen aus Versicherungszeiten, die nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland zurückgelegt sind, bleiben unberührt.

c) Die Bestimmungen der tschechischen Rechtsvorschriften über die Kürzung der Rente um die im Ausland zurückgelegten Versicherungszeiten bei Personen, die sich auf dem Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik nicht gewöhnlich aufhalten, bleiben unberührt.

d) Die deutschen Rechtsvorschriften über das Erbringen von Leistungen zur Rehabilitation durch die Träger der Rentenversicherung bleiben unberührt.

e) Die deutschen Rechtsvorschriften, die das Ruhen von Ansprüchen aus der Rentenversicherung für Personen vorsehen, die sich einem gegen sie betriebenen Strafverfahren durch Aufenthalt im Ausland entziehen, werden nicht berührt.

f) Voraussetzung für den Anspruch auf eine volle Invaliditätsrente bei Personen, deren Vollinvalidität vor Erlangen des 18. Lebensjahres eingetreten ist und die die erforderlichen Versicherungszeiten nicht zurückgelegt haben, ist gemäß den tschechischen Rechtsvorschriften der ständige Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik.

g) Die Gleichstellung der Hoheitsgebiete in Bezug auf die Entstehung des Anspruchs auf Leistungen oder deren Gewährung gilt auch für die Erwerbstätigkeit, soweit diese nach den tschechischen Rechtsvorschriften für den Anspruch und die Auszahlung der Leistung maßgebend ist.

4. Zu den Artikeln 6 bis 11 des Abkommens:

a) Untersteht eine Person nach den Bestimmungen des Abkommens über die Versicherungspflicht

– den deutschen Rechtsvorschriften, so finden in gleicher Weise auf sie und ihren Arbeitgeber auch die deutschen Vorschriften über die Versicherungspflicht nach dem Recht der Arbeitsförderung und der Pflegeversicherung Anwendung;

– den tschechischen Rechtsvorschriften, so finden in gleicher Weise auf sie und ihren Arbeitgeber auch die tschechischen Rechtsvorschriften über die Beschäftigung – soweit sie die Leistungen im Falle einer Arbeitslosigkeit regeln – Anwendung.

b) Arbeitgeber von entsandten Arbeitnehmern sind verpflichtet, auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung mit den dafür zuständigen Trägern und Organisationen des Staates, in dem der Arbeitnehmer beschäftigt ist, zusammenzuarbeiten. Weiter gehende Verpflichtungen nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften bleiben unberührt.

5. Zu Artikel 7 des Abkommens:

Die festgesetzte Frist beginnt für Personen, die am Tag des Inkrafttretens des Abkommens beschäftigt sind, mit diesem Tag.

6. Zu Artikel 9 des Abkommens:

Die deutschen Rechtsvorschriften der Unfallversicherung zum Versicherungsschutz bei Hilfeleistungen und anderen beschäftigungsunabhängigen Handlungen im Ausland bleiben unberührt.

právních předpisů na základě omezené pracovní schopnosti pouze tehdy, jestliže tento nárok existuje bez závislosti na situaci na trhu práce.

b) Německé právní předpisy o dávkách při pracovních úrazech (nemocech z povolání), které se nepřihodily na výsostném území Spolkové republiky Německo, a o dávkách za doby pojištění, které nebyly získány na výsostném území Spolkové republiky Německo, zůstávají nedotčeny.

c) Ustanovení českých právních předpisů o snížení důchodu za doby pojištění získané v cizině u osob, které se na výsostném území České republiky obvykle nezdržují, zůstávají nedotčena.

d) Německé právní předpisy o dávkách poskytovaných za účelem rehabilitace nositelem důchodového pojištění zůstávají nedotčeny.

e) Německé právní předpisy, které stanoví pozastavení nároků z důchodového pojištění osobě, která se vyhýbá proti ní vedenému trestnímu stíhání pobytem v zahraničí, zůstávají nedotčeny.

f) Podmínkou pro vznik nároku na plný invalidní důchod podle českých právních předpisů osob, u nichž plná invalidita vznikla před dosažením 18 let věku a které nebyly účastny pojištění po potřebnou dobu, je trvalý pobyt na výsostném území České republiky.

g) Rovnost výsostných území pro vznik nároku na dávky nebo jejich poskytování platí i pro výdělečnou činnost, pokud je podle českých právních předpisů rozhodná pro nárok a výplatu dávky.

4. K článku 6 až 11 Smlouvy:

a) Podléhá-li osoba podle ustanovení Smlouvy o povinnosti pojištění:

– německým právním předpisům, vztahují se na tuto osobu a jejího zaměstnavatele rovněz i německé právní předpisy o povinnosti sociálního pojištění podle zákona o podpoře pracovních příležitostí a povinnosti ošetřovatelského pojištěni;

– českým právním předpisům, vztahují se na tuto osobu a jejího zaměstnavatele i české právní předpisy o zaměstnanosti, pokud upravují dávky v případě nezaměstnanosti.

b) Zaměstnavatelé vyslaných pracovníků jsou povinni spolupracovat v oblasti bezpečnosti práce a úrazové prevence s příslušnými nositeli pojištění a organizacemi státu, ve kterém je pracovník zaměstnán. Další povinnosti stanovené vnitrostátními právními předpisy zůstávají nedotčeny.

5. K článku 7 Smlouvy:

Lhůta stanovená pro osoby, které jsou ke dni vstupu v platnost této smlouvy zaměstnány, začíná tímto dnem.

6. K článku 9 Smlouvy:

Německé právní předpisy o úrazovém pojištění k zachování pojistné ochrany při poskytování pomoci a při jiných na zaměstnání nezávislých jednání v zahraničí zůstávají nedotčeny.

7. Zu Artikel 10 des Abkommens:

a) Die in Absatz 2 festgesetzte Frist beginnt für Personen, die am Tag des Inkrafttretens des Abkommens beschäftigt sind, mit diesem Tag.

b) Öffentliche Arbeitgeber im Sinne des Absatzes 3 sind der Bund, die Länder, die Gemeinden oder Gemeindeverbände sowie Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts oder Verbände von solchen.

8. Zu Artikel 10 Absatz 1 und Artikel 11 des Abkommens:

Unterliegt bei Anwendung der Artikel 10 Absatz 1 und 11 des Abkommens die betroffene Person den deutschen Rechtsvorschriften, so gilt sie als an dem Ort beschäftigt oder tätig, an dem sie zuletzt vorher beschäftigt oder tätig war, wobei eine durch die vorherige Anwendung des Artikels 7 des Abkommens zustande gekommene andere Regelung weiter gilt. War sie vorher nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt oder tätig, so gilt sie als an dem Ort beschäftigt oder tätig, an dem die deutsche zuständige Behörde ihren Sitz hat.

9. Zu Artikel 13 des Abkommens:

a) Satz 1 2. Halbsatz gilt nicht für Personen, die allein eine Rente nach den tschechischen Rechtsvorschriften beziehen und den gewöhnlichen Aufenthalt in das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland verlegen.

b) Die Versicherung wird in der Bundesrepublik Deutschland, soweit sich aus den deutschen Rechtsvorschriften nichts anderes ergibt, bei einer vom Versicherten zu wählenden Krankenkasse fortgesetzt.

10. Zu Artikel 14 des Abkommens:

a) Im Falle des Absatzes 1 Buchstabe b ist die Sachleistungsaushilfe (Artikel 16) durch den Träger des Aufenthaltsorts davon abhängig, dass dieser vor der Leistungserbringung einen Vorschuss in Höhe der voraussichtlichen Leistungsaufwendungen erhält.

b) Bei Inanspruchnahme von Krankenhauspflege in Deutschland in Fällen des Absatzes 1 Buchstabe a kann der zuständige tschechische Träger sich unmittelbar mit dem Krankenhaus, in dem die betreffende Person sich aufhält, in Verbindung setzen, um zu erfragen, ob der Gesundheitszustand dieser Person einen Rücktransport zulässt. Der Krankenhausarzt ist insoweit zur Auskunft verpflichtet. Die Beurteilung des Krankenhausarztes über die Möglichkeit des Rücktransports ist für den tschechischen Träger bindend. Ein Rücktransport wird von dem zuständigen tschechischen Träger organisiert und bezahlt. Solange der Rücktransport nicht durchgeführt wird, erstattet der zuständige tschechische Träger weiter die dem deutschen Träger entstehenden Kosten.

c) Die Einschränkungen des Absatzes 1 Buchstaben a und b gelten nicht bei Dialysebehandlung.

d) Absatz 1 Buchstabe b findet in Bezug auf ambulante und stationäre Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen der Krankenversicherung nur Anwendung, sofern die für den zuständigen Träger maßgebenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften dies bestimmen.

e) Die Einschränkung des Absatzes 1 Buchstabe a gilt nicht für einen in Artikel 10 Absatz 1 und 3 genannten Arbeitnehmer deutscher Staatsangehörigkeit, der sich vor Beginn der Beschäftigung gewöhnlich im Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik aufgehalten hat.

11. Zu Artikel 20 des Abkommens:

Nummer 10 Buchstaben a, b und e dieses Schlussprotokolls gilt entsprechend.

7. K článku 10 Smlouvy:

a) Lhůta stanovená v odstavci 2 začíná pro osoby, které jsou ke dni vstupu v platnost této smlouvy zaměstnány, běžet tímto dnem.

b) Veřejným zaměstnavatelem ve smyslu odstavce 3 je stát, země, obce nebo jejich sdružení, jakož i veřejnoprávní instituce, organizace a nadace nebo jejich svazy.

8. K článku 10, odstavec 1 a k článku 11 Smlouvy:

Podléhá-li příslušná osoba při provádění článku 10, odstavec 1 a článku 11 Smlouvy německým právním předpisům, platí pro ni, že je zaměstnána v tom místě, kde byla předtím naposledy zaměstnána, přičemž ta úprava, jež vzešla z předchozího provádění článku 7 Smlouvy, zůstává nadále v platnosti. Nebyla-li tato osoba předtím na výsostném území Spolkové republiky Německo zaměstnána, platí pro ni, že je zaměstnána v tom místě, kde má sídlo příslušný německý úřad.

9. K článku 13 Smlouvy:

a) Věta první, její druhá část, neplatí pro osoby, které pobírají pouze důchod podle českých právních předpisů a které přeloží místo svého obvyklého pobytu na výsostné území Spolkové republiky Německo.

b) Pokud z německých právních předpisů nevyplývá něco jiného, pokračuje pojištění ve Spolkové republice Německo u nemocenské pokladny, kterou si pojištěnec zvolí.

10. K článku 14 Smlouvy:

a) V případě odstavce 1, písmene b) závisí výpomoc ve věcných dávkách (článek 16) nositelem pojištění v místě pobytu na tom, jestli tento obdrží před poskytnutím dávky zálohu ve výši očekávaných nákladů dávek.

b) Při uplatnění nároku na nemocniční péči v Německu v případech podle odstavce 1, písmene a) se může příslušný český nositel přímo spojit s nemocnicí, ve které je dotyčná osoba ošetřována, aby zjistil, zda zdravotní stav této osoby dovoluje přepravu zpět. Lékař v nemocnici je v tomto směru povinen podat informaci. Posouzení lékaře nemocnice je v otázce možnosti zpětné přepravy pro českého nositele závazné. Přepravu zpět organizuje a platí příslušný český nositel. Do doby, dokud k přepravě nedojde, hradí náklady vzniklé německému nositeli nadále příslušný český nositel.

c) Omezení uvedené v odstavci 1, písmena a) a b), neplatí pro dialýzu.

d) Odstavec 1, písmeno b) lze použít pro ambulantní a stacionární péči a rehabilitační opatření v rámci nemocenského pojištění jen tehdy, pokud tak stanoví vnitrostátní právní předpisy, kterými se řídí příslušný nositel.

e) Omezení uvedené v odstavci 1, písmeno a), se nevztahuje na zaměstnance s německou státní příslušností uvedeného v článku 10, odstavci 1 a 3, který se před začátkem zaměstnání obvykle zdržoval na výsostném území České republiky.

11. K článku 20 Smlouvy:

Bod 10, písmena a), b) a e) tohoto závěrečného protokolu platí obdobně.

12. Zu Artikel 31 des Abkommens:

Absatz 1 gilt entsprechend für Urteile, Bescheide und andere zustellungsbedürftige Schriftstücke, die bei der Durchführung des deutschen Gesetzes über die Versorgung der Opfer des Krieges und derjenigen Gesetze, die eine entsprechende Anwendung dieses Gesetzes vorsehen, erlassen werden.

13. Zu Artikel 39 Absatz 5 des Abkommens:

Die Neufeststellung erfolgt, wenn sich allein aufgrund der Bestimmungen des Abkommens eine Änderung ergibt.

14. Die deutschen Rechtsvorschriften über Leistungen für nach dem Fremdrentenrecht zu entschädigende Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten) sowie über Leistungen für nach dem Fremdrentenrecht anrechenbare Versicherungszeiten bleiben unberührt.

12. K článku 31 Smlouvy:

Odstavec 1 platí i pro doručování rozsudků, rozhodnutí a jiných písemností vydávaných při provádění německého zákona o zabezpečení obětí války a těch zákonů, které tento postup připouštějí.

13. K článku 39, odstavci 5 Smlouvy:

K novému vyměření dojde tehdy, pokud změna vyplyne pouze z ustanovení Smlouvy.

14. Německé právní předpisy o dávkách při pracovních úrazech (nemocech z povolání), které se odškodňují podle právních předpisů o důchodech cizinců, a o dávkách za doby pojištění započitatelné podle právních předpisů o důchodech cizinců, zůstávají nedotčeny.

Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens vom 27. Juli 2001 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über Soziale Sicherheit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Tschechischen Republik –

auf der Grundlage des Artikels 35 Absatz 1 des Abkommens vom 27. Juli 2001 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über Soziale Sicherheit, im Folgenden als „Abkommen“ bezeichnet –

haben Folgendes vereinbart:

Abschnitt I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

In den Bestimmungen dieser Vereinbarung werden die im Abkommen enthaltenen Begriffe in der dort festgelegten Bedeutung verwendet.

Artikel 2

Aufklärung

Den nach Artikel 35 Absatz 2 des Abkommens eingerichteten Verbindungsstellen und den zuständigen deutschen Trägern nach Artikel 35 Absatz 4 des Abkommens obliegt im Rahmen ihrer Zuständigkeit die allgemeine Aufklärung der in Betracht kommenden Personen über die Rechte und Pflichten nach dem Abkommen.

Ujednání o provádění Smlouvy ze dne 27. července 2001 mezi Spolkovou republikou Německo a Českou republikou o sociálním zabezpečení

Vláda Spolkové republiky Německo

a

vláda České republiky

na základě článku 35 odstavce 1 Smlouvy z 27. července 2001 mezi Spolkovou republikou Německo a Českou republikou o sociálním zabezpečení, dále jen „Smlouva“,

se dohodly takto:

Část I

Všeobecná ustanovení

Článek 1

Definice

Výrazy v ustanoveních tohoto ujednání budou používány ve významu stanoveném ve Smlouvě.

Článek 2

Poskytování informací

Zřízená styčná místa podle článku 35 odstavce 2 Smlouvy a příslušní němečtí nositelé podle článku 35 odstavce 4 Smlouvy mají v rámci své působnosti povinnost obecně poučit dotčené osoby o jejich právech a povinnostech podle Smlouvy.

Artikel 3

Mitteilungspflichten

(1) Die in Artikel 35 Absätze 2 und 4 und in Artikel 27 des Abkommens genannten Stellen haben im Rahmen ihrer Zuständigkeit einander und den betroffenen Personen die Tatsachen mitzuteilen und die Beweismittel zur Verfügung zu stellen, die zur Sicherung der Rechte und Pflichten erforderlich sind, die sich aus den in Artikel 2 Absatz 1 des Abkommens genannten Rechtsvorschriften sowie dem Abkommen und dieser Vereinbarung ergeben.

(2) Hat eine Person nach den in Artikel 2 Absatz 1 des Abkommens genannten Rechtsvorschriften, nach dem Abkommen oder nach dieser Vereinbarung die Pflicht, dem Träger oder einer anderen Stelle bestimmte Tatsachen mitzuteilen, so gilt diese Pflicht auch in Bezug auf entsprechende Tatsachen, die im Gebiet des anderen Vertragsstaats oder nach dessen Rechtsvorschriften gegeben sind. Dies gilt auch, soweit eine Person bestimmte Beweismittel zur Verfügung zu stellen hat.

Článek 3

Oznamovací povinnost

(1) Instituce uvedené v článku 35 odstavcích 2 a 4 a v článku 27 Smlouvy mají v rámci své působnosti povinnost sdělovat si navzájem a dotčeným osobám skutečnosti a dávat k dispozici důkazní prostředky, které jsou potřebné pro zajištění práv a povinností vyplývajících z právních předpisů uvedených v článku 2 odstavci 1 Smlouvy, jakož i ze Smlouvy a tohoto ujednání.

(2) Je-li osoba podle právních předpisů uvedených v článku 2 odstavci 1 Smlouvy, podle Smlouvy nebo podle tohoto ujednání povinna sdělit nositeli nebo jiné instituci určité skutečnosti, tak platí tato povinnost i v souvislosti s obdobnými skutečnostmi, které jsou dány na území druhého smluvního státu nebo podle jeho právních předpisů. Totéž platí, pokud má osoba poskytnout určitý důkazní prostředek.

Artikel 4

Bescheinigung über die anzuwendenden Rechtsvorschriften

(1) In den Fällen der Artikel 7, 10 und 11 des Abkommens erteilt der zuständige Träger des Vertragsstaats, dessen Rechtsvorschriften anzuwenden sind, in Bezug auf die in Betracht kommende Beschäftigung auf Antrag eine Bescheinigung darüber, dass der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber diesen Rechtsvorschriften unterstehen. Diese Bescheinigung muss in den Fällen der Artikel 7 und 11 des Abkommens mit einer bestimmten Gültigkeitsdauer versehen sein.

(2) Sind die deutschen Rechtsvorschriften anzuwenden, so stellt der Träger der Krankenversicherung, an den die Beiträge zur Rentenversicherung abgeführt werden, andernfalls die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin, diese Bescheinigung aus.

(3) Sind die tschechischen Rechtsvorschriften anzuwenden, so stellt die tschechische Verwaltung für Soziale Sicherheit, Prag, diese Bescheinigung aus.

Článek 4

Potvrzení o používání právních předpisů

(1) V případech článku 7, 10 a 11 Smlouvy příslušný nositel smluvního státu, jehož právní předpisy se mají pro dané zaměstnání použít, vystaví na žádost potvrzení o tom, že zaměstnanec a zaměstnavatel podléhají těmto právním předpisům. Toto potvrzení musí v případech článku 7 a 11 Smlouvy obsahovat vymezení doby platnosti.

(2) Používají-li se německé právní předpisy, vystaví toto potvrzení nositel nemocenského pojištění, kterému se odvádějí příspěvky na důchodové pojištění, v ostatních případech Spolková pojišťovna pro zaměstnance, Berlín.

(3) Používají-li se české právní předpisy, vystaví toto potvrzení Česká správa sociálního zabezpečení, Praha.

Artikel 5

Zahlverfahren

Geldleistungen an Empfänger im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats können unmittelbar oder unter Einschaltung von Verbindungsstellen oder der zuständigen deutschen Träger nach Artikel 35 Absatz 4 des Abkommens ausgezahlt werden.

Článek 5

Způsob platby

Peněžité dávky mohou být příjemci na výsostném území druhého smluvního státu vyplaceny přímo nebo prostřednictvím styčných míst nebo příslušných německých nositelů uvedených v článku 35, odstavci 4 Smlouvy.

Abschnitt II

Besondere Bestimmungen

Kapitel 1

Krankenversicherung

Artikel 6

Nachweis der Arbeitsunfähigkeit

(1) Für den Bezug von Geldleistungen bei Aufenthalt im Hoheitsgebiet des Vertragsstaats, in dem der zuständige Träger nicht seinen Sitz hat, legt die betreffende Person im Falle einer ambulanten Behandlung innerhalb von drei Arbeitstagen nach Eintritt der Arbeitsunfähigkeit dem Träger des Aufenthaltsorts eine ärztliche Bescheinigung über ihre Arbeitsunfähigkeit vor. Der Träger des Aufenthaltsorts überprüft und bestätigt die Arbeitsunfähigkeit der Person innerhalb von drei Arbeitstagen und teilt das Ergebnis unverzüglich dem zuständigen Träger mit. Die Überprüfung erfolgt in der gleichen Weise wie bei der Überprüfung der eigenen Versicherten.

Část II

Zvláštní ustanovení

1. kapitola

Nemocenské pojištění

Článek 6

Potvrzení o pracovní neschopnosti

(1) Pro pobírání peněžitých dávek při pobytu na výsostném území smluvního státu, ve kterém příslušný nositel nemá své sídlo, předloží dotyčná osoba v případě ambulantního ošetření do tří pracovních dnů od vzniku pracovní neschopnosti nositeli v místě pobytu lékařské potvrzení o pracovní neschopnosti. Nositel v místě pobytu přezkoumá a potvrdí pracovní neschopnost osoby do tří pracovních dnů a výsledek sdělí neprodleně příslušnému nositeli. Přezkoumání probíhá stejným způsobem jako u vlastních pojištěnců.

(2) Geht die Arbeitsunfähigkeit über die voraussichtliche Dauer hinaus, so wird Absatz 1 entsprechend angewandt.

Artikel 7

Anspruchsbescheinigung für Sachleistungen

Zur Inanspruchnahme von Sachleistungen nach dem Abkommen hat der Berechtigte dem Träger des Aufenthaltsorts (Artikel 16 Absatz 1 des Abkommens) eine vom zuständigen Träger ausgestellte Bescheinigung vorzulegen.

Kapitel 2

Unfallversicherung

Artikel 8

Nachweis der Arbeitsunfähigkeit

Die Bestimmung des Artikels 6 über den Nachweis der Arbeitsunfähigkeit gilt entsprechend.

Artikel 9

Anspruchsbescheinigung für Sachleistungen

Zur Inanspruchnahme von Sachleistungen nach dem Abkommen hat der Berechtigte dem Träger des Aufenthaltsorts (Artikel 22 Absatz 1 des Abkommens) eine vom zuständigen Träger ausgestellte Bescheinigung vorzulegen.

Artikel 10

Arbeitsunfallanzeige

(1) Für die Anzeige des Arbeitsunfalls (Berufskrankheit) gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, nach denen die Person versichert ist.

(2) Die Anzeige wird dem zuständigen Träger erstattet, der davon unverzüglich den Träger des Aufenthaltsorts unterrichtet. Geht dem Träger des Aufenthaltorts die Anzeige zu, so übersendet er sie unverzüglich dem zuständigen Träger.

Kapitel 3

Rentenversicherung

Artikel 11

Umrechnung von Versicherungszeiten

(1) Bei der Zusammenrechnung von Versicherungszeiten für den Leistungsanspruch nach den deutschen Rechtsvorschriften aufgrund des Artikels 24 des Abkommens werden Versicherungszeiten nach den tschechischen Rechtsvorschriften wie folgt umgerechnet:

Es entsprechen

– dreißig Tage einem Monat und

– dreihundertsechzig Tage zwölf Monaten.

Dieses Verfahren darf nicht dazu führen, dass für ein Kalenderjahr eine Versicherungszeit von mehr als zwölf Monaten berücksichtigt wird.

(2) Die Tage, die gemäß Absatz 1 einem Teil eines Monats entsprechen, gelten als ganzer Monat.

(3) Bei der Zusammenrechnung von Versicherungszeiten für den Leistungsanspruch nach den tschechischen Rechtsvorschriften aufgrund des Artikels 24 des Abkommens werden Versicherungszeiten nach den deutschen Rechtsvorschriften wie folgt umgerechnet:

– zwölf Monate entsprechen dreihundertfünfundsechzig Tagen;

– bei einer kürzeren Zeit als zwölf Monaten entspricht ein Monat dreißig Tagen.

(2) Trvá-li pracovní neschopnost déle než se očekávalo, použije se obdobně odstavec 1.

Článek 7

Potvrzení nároku na věcné dávky

K čerpání věcných dávek podle Smlouvy musí oprávněný předložit nositeli v místě pobytu (článek 16 odstavec 1 Smlouvy) potvrzení vydané příslušným nositelem.

2. kapitola

Úrazové pojištění

Článek 8

Potvrzení o pracovní neschopnosti

Ustanovení článku 6 o potvrzení pracovní neschopnosti platí obdobně.

Článek 9

Potvrzení nároku na věcné dávky

K čerpání věcných dávek podle Smlouvy musí oprávněný předložit nositeli v místě pobytu (článek 22 odstavec 1 Smlouvy) potvrzení vydané příslušným nositelem.

Článek 10

Oznámení o pracovních úrazech

(1) Pro oznámení pracovního úrazu (nemoci z povolání) platí právní předpisy smluvního státu, podle kterých je osoba pojištěna.

(2) Oznámení se zašle příslušnému nositeli, který o tom neprodleně informuje nositele v místě pobytu. Obdrží-li oznámení nositel v místě pobytu, zašle ho neprodleně příslušnému nositeli.

3. kapitola

Důchodové pojištění

Článek 11

Přepočet dob pojištění

(1) Při sčítání dob pojištění pro stanovení nároku na dávku podle německých právních předpisů na základě článku 24 Smlouvy budou doby pojištění získané podle českých právních předpisů přepočteny následovně:

– třicet dní odpovídá jednomu měsíci a

– třistašedesát dní odpovídá dvanácti měsícům.

(2) Dny, které podle odstavce 1 odpovídají části jednoho měsíce, platí jako celý měsíc.

(3) Při sčítání dob pojištění pro stanovení nároku na dávku podle českých právních předpisů na základě článku 24 Smlouvy budou doby pojištění získané podle německých právních předpisů přepočteny následovně:

– dvanáct měsíců odpovídá třistašedesátipěti dnům;

– při době kratší než dvanáct měsíců odpovídá jeden měsíc třiceti dnům.

Kapitel 4

Verschiedenes

Artikel 12

Statistiken

Die nach Artikel 35 Absatz 2 des Abkommens eingerichteten Verbindungsstellen und die zuständigen deutschen Träger nach Artikel 35 Absatz 4 des Abkommens erstellen und übermitteln einander jährlich, jeweils nach dem Stand vom 31. Dezember, Statistiken über die in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats vorgenommenen Rentenzahlungen. Die Angaben sollen sich nach Möglichkeit auf die Rentenarten, Zahl und Gesamtbetrag der ausgezahlten Renten und Abfindungen erstrecken.

4. kapitola

Různé

Článek 12

Statistiky

Styčná místa zřízená podle článku 35 odstavce 2 Smlouvy a příslušní němečtí nositelé podle článku 35 odstavce 4 Smlouvy každoročně vypracují a vzájemně si zašlou, vždy podle stavu k 31. prosinci, statistiky o důchodech vyplacených na výsostné území druhého smluvního státu. Údaje by měly podle možnosti obsahovat druh, počet a celkovou částku vyplacených důchodů a odstupného.

Abschnitt III

Schlussbestimmung

Artikel 13

Inkrafttreten und Vereinbarungsdauer

(1) Diese Vereinbarung tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierungen beider Vertragsstaaten einander mitgeteilt haben, dass die nach innerstaatlichem Recht niedergelegten erforderlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten der Vereinbarung erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung.

(2) Die Vereinbarung ist vom Tag des Inkrafttretens des Abkommens an anzuwenden und gilt für dieselbe Dauer.

Část III

Závěrečné ustanovení

Článek 13

Vstup v platnost a doba platnosti Ujednání

(1) Toto ujednání vstoupí v platnost dnem, kdy si vlády obou smluvních států sdělí, že byly splněny potřebné podmínky stanovené vnitrostátním právem pro vstup Ujednání v platnost. Rozhodující je den obdržení pozdější z nót.

(2) Ujednání se bude provádět ode dne vstupu Smlouvy v platnost a zůstane v platnosti po stejnou dobu.

Geschehen zu Prag am 27. Juli 2001 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Dáno v Praze dne 27. července 2001 ve dvou původních vyhotoveních, každé v jazyce německém a českém, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Za vládu Spolkové republiky Německo

Andreas Meitzner
Ulrike Mascher

Für die Regierung der Tschechischen Republik
Za vládu České republiky

Špídla

Denkschrift

I. Allgemeines

Das Abkommen regelt in umfassender Weise die Beziehungen zwischen den beiden Staaten im Bereich der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Unfallversicherung. Es begründet unter Wahrung des Grundsatzes der Gegenseitigkeit Rechte und Pflichten insbesondere von Einwohnern beider Staaten in Bezug auf die innerstaatlichen Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit im Rahmen des sachlichen Geltungsbereichs des Abkommens. Vorgesehen ist u.a. die Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen, die Zusammenrechnung deutscher und tschechischer Versicherungszeiten für den Leistungsanspruch und die uneingeschränkte Rentenzahlung auch bei Aufenthalt im anderen Vertragsstaat. Im Bereich der Kranken- und Unfallversicherung werden den Versicherten – u.a. auch Touristen – beim Aufenthalt im anderen Vertragsstaat Sachleistungen aushilfsweise vom dortigen Träger der Kranken- bzw. Unfallversicherung erbracht.

Mit dem Abkommen wird auch den im Zusammenhang mit einer Vielzahl von Petitionen ergangenen Beschlüssen des Deutschen Bundestages vom 5. Juni 1997 (Drucksache 13/7665) und vom 25. September 1997 (Drucksache 13/8496) Rechnung getragen. Darin wird u.a. im Zusammenhang mit der Beendigung der weiteren Anwendung des Sozialversicherungsabkommens zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakei empfohlen, möglichst rasch ein Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik abzuschließen.

Die Durchführungsvereinbarung enthält die zur Anwendung des Abkommens erforderlichen Bestimmungen, die vor allem technischer Art sind. Sie betreffen insbesondere Mitteilungspflichten zwischen den Versicherungsträgern beider Vertragsstaaten, das Ausstellen von Bescheinigungen und das Verfahren bei Zahlungen in den anderen Vertragsstaat.

II. Besonderer Teil

Artikel 1 des Abkommens erläutert die in den nachfolgenden Vorschriften wiederholt verwendeten Begriffe. Durch die Definition häufig verwendeter Begriffe soll die Anwendung des Abkommens erleichtert werden.

Artikel 2, der durch Nummer 1 des Schlussprotokolls ergänzt wird, legt den sachlichen Geltungsbereich des Abkommens fest, indem er die innerstaatlichen Rechtsvorschriften nennt, auf die sich das Abkommen bezieht. In Artikel 2 Abs. 2 ist klargestellt, dass bei Anwendung des Abkommens andere Abkommen oder überstaatliche Regelungen unberücksichtigt bleiben. Dies gilt nicht, wenn diese zwischenstaatlichen Verträge oder das überstaatliche Recht Versicherungslastregelungen enthalten.

Die unter Nummer 1 des Schlussprotokolls getroffene Regelung ergibt sich daraus, dass die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung und die Alterssicherung der Landwirte nicht in die innerstaatlichen Vorschriften über die Wanderversicherung einbezogen sind.

Artikel 3 nennt die Personen, für die das Abkommen gilt.

Artikel 4 enthält den Grundsatz der Gleichbehandlung der Staatsangehörigen beider Staaten. Das Recht auf Gleichbehandlung wird auch bestimmten weiteren Personengruppen zuerkannt.

Zu Artikel 4 sind unter Nummer 2 des Schlussprotokolls ergänzende Regelungen enthalten. Buchstabe c der Bestimmung knüpft für tschechische Staatsangehörige mit gewöhnlichem Aufenthalt außerhalb der Bundesrepublik Deutschland und für Flüchtlinge und Staatenlose mit gewöhnlichem Aufenthalt in der Tschechischen Republik das Recht zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung u.a. an die Voraussetzung einer Vorbeitragszeit von 60 Monaten in der deutschen Rentenversicherung.

Artikel 5 enthält den Grundsatz, dass Leistungen auch erbracht werden können, wenn sich die leistungsberechtigte Person im anderen Vertragsstaat aufhält. Nummer 3 des Schlussprotokolls enthält hierzu ergänzende Regelungen. Insbesondere bestimmt Nummer 3 Buchstabe a des Schlussprotokolls, dass Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit aus der deutschen Rentenversicherung nicht an Berechtigte mit Aufenthalt in der Tschechischen Republik gezahlt werden, wenn bei der Feststellung der verminderten Erwerbsfähigkeit nicht nur der Gesundheitszustand des Versicherten, sondern auch die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt eine Rolle gespielt hat.

Die Artikel 6 bis 11 enthalten Regelungen darüber, welche Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht bei einer Kollision der deutschen und tschechischen Rechtsvorschriften anzuwenden sind. Dadurch wird eine Doppelversicherung vermieden.

Die Bestimmungen werden durch die Nummer 4 Buchstabe a des Schlussprotokolls ergänzt. Danach finden auf Personen, die den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats in den Bereichen der Renten-, Kranken- und Unfallversicherung unterstellt sind, auch dessen Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht im Bereich der Arbeitslosenversicherung Anwendung. Untersteht eine Person den deutschen Rechtsvorschriften, so erstreckt sich diese auch auf den Bereich der Pflegeversicherung.

Nach Artikel 6 richtet sich die Versicherungspflicht grundsätzlich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Beschäftigung ausgeübt wird (Territorialitätsprinzip). Die Artikel 7 bis 10, die durch die Nummern 5 bis 7 des Schlussprotokolls ergänzt werden, regeln bestimmte Fallgruppen.

Artikel 11 beruht auf der Erwägung, dass mitunter die auf Grund der vorgenannten Vorschriften vorgenommene Bestimmung der anzuwendenden Rechtsvorschriften nicht zu befriedigenden Ergebnissen führt und lässt eine abweichende Bestimmung zu.

Die Artikel 12 bis 17 sowie die Nummern 9 und 10 des Schlussprotokolls enthalten die besonderen Bestimmungen über die Krankenversicherung.

Artikel 14 bestimmt, dass die nach den Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung eines Vertragsstaats versicherten Personen unter näher festgelegten Voraussetzungen bei – z. B. vorübergehendem – Aufenthalt im anderen Vertragsstaat Sachleistungen erhalten können.

Nach Artikel 16 werden die Sachleistungen für Personen mit Aufenthalt im anderen Vertragsstaat nach dessen Rechtsvorschriften von der dortigen Krankenversicherung erbracht. Die Kosten werden nach Artikel 17 von der Krankenversicherung der Person im Herkunftsstaat erstattet.

Die Artikel 18 bis 23 und die Nummer 11 des Schlussprotokolls enthalten die besonderen Regelungen für die Unfallversicherung. Insbesondere bestimmt Artikel 20, dass Personen, die wegen eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit Anspruch auf Sachleistungen nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats haben, diese auch bei Aufenthalt im anderen Vertragsstaat erhalten. Die Sachleistungen werden nach den Rechtsvorschriften des Aufenthaltsstaats von den dortigen Versicherungsträgern erbracht (Artikel 22); nach Artikel 23 werden die Kosten von der Versicherung der betreffenden Person im Herkunftsstaat erstattet.

Die Artikel 24 bis 26 enthalten die besonderen Regelungen für die Rentenversicherung.

Artikel 24 bestimmt, dass Versicherungszeiten, die in der deutschen und tschechischen Rentenversicherung zurückgelegt worden sind, für die Erfüllung des Leistungsanspruchs, also vor allem der Wartezeit, soweit erforderlich zusammengerechnet werden.

Artikel 25 enthält nähere Regelungen für die Anwendung der deutschen, Artikel 26 nähere Regelungen für die Anwendung der tschechischen Rechtsvorschriften.

Die Artikel 27 bis 37, ergänzt um Nummer 12 des Schlussprotokolls, enthalten die üblichen Regelungen für das Zusammenwirken der in den beiden Vertragsstaaten mit der Durchführung des Abkommens betrauten Stellen.

Artikel 38 regelt die Streitbeilegung.

Die Artikel 39 bis 42 enthalten Übergangs- und Schlussbestimmungen.

Nach Artikel 1 der Durchführungsvereinbarung haben die in der Vereinbarung verwendeten Begriffe die gleiche Bedeutung wie im Abkommen.

Nach Artikel 2 obliegt den zuständigen Verbindungsstellen die allgemeine Aufklärung der betroffenen Personen über das Abkommen.

Artikel 3 regelt die Verwaltungshilfe der Versicherungsträger und der Verbindungsstellen und schreibt die gegenseitige Unterrichtung über die rechtserheblichen Tatsachen sowie den Austausch der erforderlichen Beweismittel vor.

Artikel 4 regelt Näheres über Bescheinigungen vor allem für in den anderen Vertragsstaat entsandte Arbeitnehmer.

Auf Grund des Artikels 5 können Geldleistungen in den anderen Vertragsstaat entweder über eine dort befindliche Verbindungsstelle oder unmittelbar an den Empfänger ausgezahlt werden.

Die Artikel 6 und 7 enthalten Bestimmungen für die Krankenversicherung.

Artikel 6 regelt die Überprüfung der Arbeitsunfähigkeit, wenn Geldleistungen (Krankengeld) bei Aufenthalt im anderen Vertragsstaat in Anspruch genommen werden.

Artikel 7 bestimmt, dass bei der Inanspruchnahme von Sachleistungen im anderen Vertragsstaat der Versicherte eine Bescheinigung seiner Krankenversicherung vorzulegen hat.

Die Artikel 8 bis 10 enthalten die besonderen Vorschriften für die Unfallversicherung.

Artikel 11 bestimmt, in welcher Weise die tschechischen Versicherungszeiten bei der Zusammenrechnung für die Prüfung des Leistungsanspruchs nach den deutschen Rechtsvorschriften und die deutschen Versicherungszeiten bei der Zusammenrechnung für die Prüfung des Leistungsanspruchs nach den tschechischen Rechtsvorschriften im Bereich der Rentenversicherung umzurechnen sind.

Artikel 12 enthält eine Regelung über den Austausch von Statistiken über die in den anderen Vertragsstaat vorgenommenen Rentenzahlungen.

Artikel 13 enthält die üblichen Schlussbestimmungen.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333